47.08
19a

UNCATALOGED

Zur deutschen Revolution

4

Aus dem bolschewistischen Rußland

von

Alfons Paquet

Flugschriften der Frankfurter Zeitung

Sonderabdruck aus der Frankfurter Zeitung

Aus dem bolschewistischen Rußland

von

Alfons Paquet

Frankfurt am Main
Druck und Verlag der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.
1919

947.08
P19a

JUL 1 6 1954 SLOCUM

Kalen + Indien Rel 13 may 47 Frankfurt

Vorbemerkung.

Von Ende 1915 bis Januar 1918 habe ich als Korrespondent der Frankfurter Zeitung in Stockholm die Ereignisse in Rußland gleichsam hinter der Milchglasscheibe verfolgt. Vom Frühjahr 1918 ab bis zur Auflösung der amtlichen Vertretungen des Deutschen Reiches bei der russischen Sowjetregierung in Moskau war mir als einem der wenigen Vertreter fremder Zeitungen die Möglichkeit gegeben, die dortigen Ereignisse und Zustände aus unmittelbarer Nähe zu erleben. Die gesamte Reihe meiner Aufsätze aus dieser Zeit wird demnächst als Buch erscheinen. Die in dem vorliegenden, vom Verlag der Frankfurter Zeitung veranstalteten Sonderabdruck wiedergegebenen Aufsätze stellen also nur einen vorläufigen Auszug aus dem Buche dar.

Der Verfasser.

Inhalt.

Seite

I. Die Handelspolitik der Sowjetregierung . . 5

II. Terror 14

III. Die „Außerordentliche“ 21

IV. Die russische Bauernfrage 26

V. Die Blockade der Sowjetrepublik 33

VI. Proletkult 41

I.

Die Handelspolitik der Sowjetregierung.

Moskau, 20. August 1918.

Nach der kommunistischen Theorie, die, solange die gegenwärtigen Machthaber am Ruder sind, in Rußland die Gesetze schreibt, ist das Ziel der Revolution die Verwandlung des Staates in eine bloße Verwaltung der Produktion. Neben der Ueberleitung des Handels aus den Händen der Privatunternehmer in die Hände staatlicher Zentralverwaltungen bildet die durch alle Schrecken des Klassenkrieges beschleunigte Vernichtung der oberen Klassen und des Mittelstandes, denen man ihre Reichtümer entreißt, deren Ansprüche aufgehoben und deren bisherige Einnahmequellen abgeschnürt werden, das Gewaltmittel dieses großen sozialen Umschichtungsprozesses. Die Intensität dieses Prozesses kann in Rußland kaum übertroffen werden. Seine Dauer wird in der Hauptsache durch die außenpolitische Lage bestimmt. Davon hängt es ab, ob schließlich wirklich das Verschwinden der Klassengegensätze als revolutionäres Ziel erreicht wird, oder ob ein neuer, aus wohlhabenden und bessergebildeten Arbeitern und Bauern bestehender Mittelstand emporsteigt, dem das proletarisierte Bürgertum von gestern die Straßen kehrt. Der Entwicklungsgedanke ist das Neue in der gegenwärtigen russischen Revoluiton, die sich vielleicht weniger in ihrem typischen Verlauf als in ihren Grundanschauungen von der naturromantisch inspirierten französischen Revolution unterscheidet. Auch die Bolschewiki geben zu, daß die an Blutopfern und Zerstörungen unerhörte gegen-

wärtige Umwälzungsepoche nur dann einen Sinn habe, wenn sie in einer allgemeinen Befreiung der Produktivkräfte, einer Weckung neuer und lebensfähiger sozialer Organisationen und in einer besseren bürgerlichen Gesellschaft als der bisherigen ende. Die Form der Sowjets bildet nach der neuen russischen Verfassung die Urzelle des neuen gesellschaftlich organisierten Rußland. Sie ist von keinem Theoretiker erfunden worden, sondern sie ist gleichsam von selbst entstanden, als es sich darum handelte, die Mitbestimmung der Arbeitermasse überall und mit einem Male in die Praxis des alltäglichen Berufs- und Verwaltungslebens einzuführen. Die Bewegung, die zur Einsetzung der Räte führte, hat natürlich ihre Ausartungen; grundsätzlich aber bot sie Rußland, wo schon längst der genossenschaftliche Gedanke tiefe Wurzel geschlagen hat, die Lösung der Frage, wie Lokalverwaltung und Zentralverwaltung auf gleicher Ebene, ohne Wiederkehr der alten obrigkeitlichen Schichtung, miteinander zu verknüpfen seien. Jeder Tag der Herrschaft der Räte im jetzigen Rußland ist indessen nicht nur ein Schritt näher zum Grabe der tief versündigten und verweichlichten russischen Gesellschaft des alten Regimes, er bedeutet daneben auch den sichtbaren Untergang unwiederbringlicher materieller Werte, nützlicher Kenntnisse, bewährter Einrichtungen, die erst von künftigen Generationen neu hervorgebracht werden müssen.

Der Handel und Wandel in Rußland beschränkt sich zurzeit auf das Mindestmaß. Die Banken, die alten Handelshäuser, die Speicher, die Schreibstuben der Kommissionäre sind geschlossen. Viele Firmen haben die Mehrzahl ihrer Angestellten entlassen und liquidieren ihre Geschäfte unter der Kontrolle bewaffneter Rats-Soldaten. Petersburg ist fast eine tote Stadt. Das Moskauer Börsenviertel mit seinen geschlossenen Kontoren, den durch Bretterwände geschützten Gewölben und Schaufenstern und seinen kaum noch von Fuhrwerken befahrenen Gassen und Höfen bietet ein melancholisches Bild. Das dichtgedrängte Publikum der großen Montagsmärkte des Kleinhandels in Moskau wird zuweilen von Razzias der Miliztruppen aufgescheucht, es allein kümmert sich um diese Einschüchterungsversuche wenig. Die Handelsherren und Fabrikbesitzer stehen unter der doppelten Aufsicht der „Außerordentlichen Kommission gegen Spekulation, Sabotage und Konterrevolution" und der Arbeiterausschüsse.

Geschäftsleute, die auf Spekulationsgeschäften ertappt werden, werden erschossen. Ingenieure, Fabrikdirektoren, die ihren Betrieben fernbleiben, wegen Sabotage verhaftet. Viele sind in die Ukraine abgereist. Eine große Zahl von Industrieunternehmen ist auf diese Weise herrenlos geworden. Sie sind in den öffentlichen Besitz übergegangen, d. h. sie werden von den örtlichen Räten oder Arbeiterorganisationen geleitet und betrieben. Daneben wurde die Zentralisierung der Industrieunternehmungen nach Branchen in Angriff genommen. Bei den Zucker-, Tabak- und Papierfabriken wurde sie schon durchgeführt. Auch der Handel jeder Branche geschieht durch eine neu gegründete Zentralstelle, die ihrerseits wieder mit den Zentralen der anderen Branken in Austausch tritt. Es gibt also russische Zentralbehörden für den Handel mit Wolle (Zentroscherstj), Papier (Zentrobumaga), Tee (Zentrotschai), Tabak (Zentrotabak), Webwaren (Zentrotextil) usw. Diese fungieren passiv als Abrechnungsstellen, aktiv als Auftraggeber an Industrien. Allerdings bieten gewisse Branchen der Zentralisierung Hindernisse, so die Manufakturindustrie. Beispielsweise widersetzt sich die Arbeiterschaft einzelner Zeugwebereien, wie der von Prochorow in Moskau, entschieden der Nationalisierung. Ueberhaupt ist eine Anzahl Fabriken bis jetzt im Privatbesitz verblieben. Viele von ihnen haben die Arbeit ganz oder teilweise eingestellt, zahlen aber den Arbeitern die Löhne weiter. Es ist klar, daß unter solchen Umständen von Dividenden auf den Aktienbesitz nicht mehr die Rede sein kann. Solche Firmen leben aus ihren Reserven, offenbar in der Erwartung, daß es gelingen werde, die Betriebe wenigstens in ihrem Rohzustand in eine andere Zukunft hinüberzuretten. Die Voraussetzung zu dieser Zukunft ist ein politischer Umschwung, der die Privatwirtschaft wieder herstellt. Aber das Schicksal der jetzt von ihrem Kapital zehrenden, gleichsam bilanzlos existierenden Privatunternehmungen ist besiegelt, wenn dieser Umschwung nicht in absehbarer Zeit eintritt.

In der gegenwärtigen Zeit der Wirren fehlt es sowohl an dem materiellen Faktor der Produktion wie an dem psychologischen: es fehlen die Rohstoffe, wie Kohle, Metalle, Getreide, Baumwolle, und den Arbeitermassen, von den technisch geschulten Leitern nicht zu reden, fehlt die Arbeitsfreudigkeit, die Stimmung für eine geordnete Arbeit. Die Sowjetregierung hat allmählich selbst begonnen, dafür zu

sorgen, daß in den Fabriken während der achtstündigen Arbeitszeit auch wirklich gearbeitet wird; die Anfangsperiode der Revolution, wo es taktischer Grundsatz der Führer war, die Arbeit durch Veranstaltung von Fabrikversammlungen zu stören, ist vorüber. Gegen die außerordentliche Teuerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel bringen auch die hohen Löhne und die vom Staate ausgezahlten Arbeitslosenunterstützungen wenig Abhilfe. Zwar herrscht in Rußland wie in anderen kriegführenden Ländern Geldüberfluß, aber dieser wird aufgehoben durch die allgemeine Entwertung des Geldes. Dabei sind die Fabrikarbeiter auf dem Gebiete der Versorgung noch bedeutend besser gestellt als die übrigen Klassen, besonders der Beamtenstand. Denn die Fabrikausschüsse machen nicht nur von ihrem Recht, sich auf eigene Faust bei den Bauern zu verproviantieren, erfolgreichen Gebrauch, sondern die Arbeiter erhalten ohnehin Zusatzrationen. Die gegenwärtige außenpolitische Lage Rußlands, die Mobilmachung der Arbeiter gegen Tschecho-Slowaken, Anglo-Franzosen und Konterrevolutionäre trägt neue Unruhen in die Arbeitermassen. Sicherlich ist der Lähmungszustand auf allen Gebieten der Industrie und des Handels nur vorübergehend, aber er dauert schon zu lange, um nicht auch unter den Theoretikern der neuen Wirtschaft zuweilen Mutlosigkeit hervorzurufen. Vielfach sind es die Arbeiter selbst, die von der Regierung die Freilassung ihrer verhafteten Direktoren und Betriebsleiter fordern. Es kommt vor, daß die Arbeiter, wie bei den Eisenbahnwerkstätten „Sormowo" in Nishni-Nowgorod, deren Leistung sich in den letzten Monaten gebessert hat, freiwillig auf ihre Majorität in der Fabrikleitung verzichten und so die Verantwortung an die frühere Geschäftsleitung zurückgeben. Doch dies sind bis jetzt nur vereinzelte Reaktionserscheinungen.

Seit dem Brester Frieden ist bereits mehr als ein halbes Jahr vergangen. Das dem Artikel 11 des Friedensvertrages angehängte deutsch-russische Wirtschaftsabkommen zeigt, wie sehr das Hauptgewicht des Vertrages auf der sofortigen Wiederherstellung friedensmäßiger Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern liegt. Beide Länder haben denn auch einander seit Monaten Kommissionen und Sachverständige zugesandt, die den Handelsverkehr in die Wege leiten sollten. Aber von einem regelrechten Handelsverkehr zwischen Deutschland und Rußland ist noch immer

nicht die Rede. Anders als auf dem Wege des Schmuggels sind bisher noch so gut wie keine deutschen Waren nach Rußland oder russische Waren nach Deutschland gekommen.

Zwischenstaatliche Handelsbeziehungen hängen von dem guten Willen der Nationen ab. Der gute Wille, den Handel wieder aufzunehmen, ist in deutschen wie in russischen Handelskreisen vorhanden. Aber die Dekrete der Räteregierung über die Regelung des Handelsverkehrs innerhalb Rußlands und mit dem Auslande beruhen auf Grundsätzen, die, wenn sie durchgeführt werden sollen, eine weitgehende Anpassung der übrigen Staaten an den neuen Wirtschaftszustand in Rußland und damit zum mindesten eine Reihe ebenso schwieriger wie interessanter Verhandlungen zur Voraussetzung haben. Das sozialistische Räterußland mit seinen neu geschaffenen Handelsorganisationen und seiner von marxistischen Faktoren bestimmten Preispolitik sieht sich einer Reihe von bürgerlichen Staaten gegenüber, deren Handel und Industrie im wesentlichen noch privatwirtschaftlich organisiert ist. Nicht nur in deutschen Kreisen herrscht über die fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, den Handelsverkehr mit Rußland wieder in Gang zu bringen, Enttäuschung. Die Enttäuschung ist fast noch größer in einigen neutralen Ländern, die sich von Rußland nach dem Brester Frieden eine besonders günstige Konjunktur versprochen hatten.

In skandinavischen, in holländischen und in schweizerischen Handelskreisen scheint man teilweise noch nicht verstanden zu haben, daß die Sachlage heute, wo der russische Staat beziehungsweise die Sowjetregierung selber als Exporteur und Importeur auftritt, eine gänzlich andere ist, als vor dem Kriege. Man schiebt die Schuld auf Machenschaften der deutschen oder auch der japanischen und amerikanischen Großindustrie in Rußland. Die einfache Wahrheit aber ist, daß die kleinen Handelsstaaten ebenso wie die großen Zeit brauchen, um sich mit der neuen Sachlage abzufinden. Wenn in Rußland die alten Verhältnisse noch weiter bestünden, so müßte es beispielsweise schwedischen Kaufleuten jetzt, wo der Schiffsverkehr zwischen Stockholm und Petersburg wieder aufgenommen wurde, ein Leichtes sein, russische Pelzwaren nach Schweden einzuführen. Heute bedarf es dazu umständlicher Schritte: zunächst eines Gesuches an das Handelskommissariat in Moskau um die Lizenz mit der Anfrage, zu welchen Preisen die Regie-

rung die Ausfuhr freigibt. Die Handelskommission ihrerseits hat die Tendenz, den Verkaufspreis für Pelze nicht nach dem russischen, sondern nach dem augenblicklichen schwedischen Marktpreise festzusetzen, ohne Rücksicht darauf, wie weit dieser Preis durch Spekulation während des Krieges in die Höhe getrieben wurde. Gesetzt, daß schließlich eine Einigung über den Preis zustande kommt, muß aber auch noch gleichzeitig über Kompensationen durch schwedische Waren verhandelt werden. Das Gold als Tauscheinheit hat in dieser neuen zwischenstaatlichen Kriegshandelspolitik seine Bedeutung von früher völlig verloren. Der einst verhältnismäßig einfache Prozeß der Ausfuhr und Einfuhr auf Grund von Krediten und Devisen ist also jetzt zu einem äußerst komplizierten geworden. Der Handelsgewinn des ausländischen Kaufmanns sinkt bei dem neuen System auf ein Minimum herab, und damit auch zugleich der Anreiz, das Geschäft überhaupt in Angriff zu nehmen.

Ueber die Lage des Warenaustausches mit den einzelnen Ländern machte kürzlich der Handelskommissar Bronski einige Mitteilungen, die zwar in einem optimistischen Tone gehalten waren, aber den dürftigen Tatbestand nicht verhehlten. Mit Schweden als mit einem neutralen und geographisch naheliegenden Lande sei der Warenaustausch zuerst geregelt worden. Schweden biete landwirtschaftliche Apparate, Maschinenersatzteile für die Papierindustrie, Telephonmaterial und Stahlwaren. Rußland könne dafür Schmieröle, Flachs und Hanf geben. Leider habe Schweden eine Taktlosigkeit begangen, als es leere Schiffe zwecks Ausfuhr russischer Waren nach Petersburg schickte. Wenn Moskau jetzt ohne Telephon sitze, so falle die Schuld dafür auf die schwedischen Exporteure, die das Mißtrauen des Petersburger Proletariats wachgerufen hätten. Inzwischen sei die erste Partie schwedischer Telephonschnüre eingetroffen, zwei Schiffsladungen Sensen, die gegen Schmieröle und Hanf ausgetauscht werden, seien unterwegs. Ein Handelsabkommen mit Schweden sei in Vorbereitung.

Was den Warenaustausch mit Deutschland anbetrifft, so sei in den letzten Wochen für die Petersburger Industrie deutsche Kohle angekommen, welche durch Metalle, Asbest, Schmieröle, Flachs, Hanf und Textilware kompensiert werde. Selbstverständlich seien diese Kohlen nicht billig, ebensowenig aber auch die nach Deutschland gehenden russischen Waren.

Außer Kohlen könne Rußland auch Arzneimittel, Farbstoffe und Maschinenteile aus Deutschland erhalten.

Ueber die Handelsbeziehungen mit England hätten kürzlich in Moskau Besprechungen zwischen der Räteregierung und einer Delegation des englischen Handelsministeriums stattgefunden. Rußland habe darauf hingewiesen, daß es vor allem die in England und Amerika bestellten und bezahlten Waren, wie landwirtschaftliche Maschinen, Lokomotiven und Transportmittel benötigt. Dem englischen Vertreter wurde der Wunsch ausgesprochen, Rußland mit Schiffsraum zu versehen und in erster Linie die Unantastbarkeit der russischen Handelsflotte zu garantieren. Handelsbeziehungen mit England werden aber erst dann möglich sein, wenn die englische Regierung die Räteregierung anerkennt und darauf verzichtet, mit verschiedenen Gebieten Rußlands unter dem Vorwande, daß in Archangelsk, auf Murman usw. neue Staaten in Bildung begriffen seien, in Sonderverhandlungen zu treten.

Die in diesen Strichen geschilderte Lage der Handelsbeziehungen Rußlands zu Schweden, dem Deutschen Reiche und England ist jedenfalls ebenso typisch für die politische Lage Rußlands diesen einzelnen Mächten gegenüber wie für seine Handelsbeziehungen zu den übrigen neutralen oder kriegführenden Staaten überhaupt. Sie zeigt, daß es in jedem Falle erst der Regelung durch grundsätzliche neue Verträge bedarf. Was nun Deutschland anbelangt, so werden die sogenannten Ausführungsverträge zum Brester Frieden, deren Texte noch nicht veröffentlicht sind, wie in Sowjetkreisen verlautet, eine Reihe wichtiger gegenseitiger Zugeständnisse enthalten. Von deutscher Seite enthält der neue Vertrag angeblich die Anerkennung des Dekrets der Räteregierung vom 28. Juni 1918 über die Nationalisierung der Industrien. Alle früheren deutschen Beteiligungen an russischen Industrieunternehmungen werden dadurch mit einem Federstrich liquidiert und durch Auszahlungen aus der Pauschalentschädigung abgefunden.

Zweifellos haben diese Abmachungen etwas Einleuchtendes; sie bedeuten für Deutschland und die deutschen Gläubiger eine schätzenswerte Vereinfachung. Aber auch die Räteregierung verzeichnet sie als einen Erfolg von großer Tragweite. Durch diese Vereinbarung fällt nämlich für Deutschland der Anlaß fort, sich dem von verschiedenen neutralen Staaten ge-

meinsam geführten Protest gegen die Nationalisierung der Industrien anzuschließen. Ferner wird durch die summarische Abfindung der deutschen Gläubiger künftig auch der versteckte Schutz russischer Privatunternehmungen, in denen durch die Maßnahme der Räteregierung deutsches Kapital mitbetroffen würde, nicht mehr möglich sein. Auf die Haltung der russischen Bourgeoisie muß die neue deutsch-russische Vereinbarung jedenfalls in einem gewissen Sinne zurückwirken. Diese russische Bourgeoisie ist allerdings unter Miljukow und Gutschkow bekanntlich ein treibendes Element des Krieges gewesen. Sie hat auf Schonung gewiß wenig Anspruch.

Mit besonderem Nachdruck wird von russischer Seite immer wieder darauf hingewiesen, daß die Grundvoraussetzung aller zukünftigen russischen Handelspolitik in einer endgültigen Regelung des Verhältnisses der Räterepublik zur Ukraine zu erblicken sei. Bei den sich hinziehenden Friedensverhandlungen in Kiew haben die beiderseitigen Kommissionen für den Warenaustausch ein vorläufiges Abkommen vereinbart, wonach die Ukraine verspricht, Rußland je zwei Millionen Pud Kohle und Koks, daneben große Mengen Gußeisen und Eisenbahnschienen zu liefern, wogegen sich Rußland zur Lieferung von Naphthaprodukten, Schmierölen, Papier, Zement, Grubenholz, elektrischen Artikeln und Webstoffen verpflichtet. Außerdem wurde ein Austausch ukrainischer Lebensmittel, vor allem Getreide, gegen Manufakturwaren und sonstige Kurzwaren vorgesehen. Dieses Abkommen betrifft aber, soweit sich beurteilen läßt, nur den Bedarf der nächsten Monate. Ohne die Kohle des Donezgebietes, die Erze des Ural und die Erdölprodukte des Nordkaukasus kann die Sowjetrepublik auf die Dauer ihre Fabriken und ihren Handel, der zurzeit nur aus aufgestapelten beschlagnahmten Vorräten schöpft, nicht im Gang halten. Die Entscheidung über diese Zukunftsfragen gehört in den Bereich der endgültigen Regelung des Gesamtverhältnisses zwischen Deutschland und dem Osten. Auch die Unterschrift unter den Ausführungsvertrag zum Brester Frieden wird somit die versperrten Schleusen des deutsch-russischen Handelsverkehrs nicht endgültig öffnen. Die Vorwände werden wegfallen, mit denen die Räteregierung bisher diesen Handelsverkehr in der Praxis verhindern und alle einzelnen Anknüpfungsversuche nach Rußland gereister wirtschaftlicher Sachverwalter auf die in Aussicht stehende Gesamtabrechnung verweisen konnte.

Den Bevollmächtigten der einzelnen deutschen wirtschaftlichen Stellen hat sich nun zuletzt, und ohne auf die Wirkung der neuen Verträge zu warten, die militärische Verwaltung von Oberost angeschlossen. Wie eine selbständige Firma, die ihre eigenen Musterkoffer hinausschickt und für prompte Lieferung Garantien zu bieten vermag, hinter der jede Konkurrenz zurückstehen muß, kam ein kaufmännischer Bevollmächtigter von Oberost mit festen Angeboten nach Moskau. Oberost erklärte sich bereit, an die Räteregierung in kürzester Zeit jede gewünschte Art von Maschinen, Stahlwaren, chemischen Produkten, eventuell auch Kohlen zu liefern, wenn Rußland in der Lage sei, seinerseits mit der Lieferung bestimmter Waren ebenso unmittelbar zu beginnen. Die Räteregierung zeigte Neigung, auf diesen Vorschlag einzugehen, zumal ihr angeblich ausdrücklich zugesichert wurde, daß alle Waren, die an Oberost geliefert werden, an das Reich nicht geliefert zu werden brauchen, d. h. von den durch die Handels-Kommissionen in Berlin und Moskau zum Austausch bestimmten Warenmengen abgezogen werden dürfen.

Dieser überraschende Eingriff der Militärverwaltung Oberost in die Angelegenheiten des deutsch-russischen Handelsaustausches mit seinen Aussichten auf Erfolg ist für die Verhältnisse in beiden Ländern bezeichnend. Vielleicht wäre es richtig gewesen, schon längst diese summarische Methode des nachbarlichen Austausches anzuwenden, die sich über die privatwirtschaftlichen Organisationen auf deutscher Seite ebenso hinwegsetzt, wie sie den sozialwirtschaftlichen der anderen Seite Toleranz entgegenbringt. Den russischen Handelspolitikern, die sie als eine Art Bolschewismus von oben bezeichnen, ist sie unleugbar sympathisch.

II.

Terror.

Moskau, 10. September.

Wäre die Welt nicht so zerrissen, daß keiner ihrer Teile mehr Gewicht in seinen Worten hat, so wäre es jetzt an der Zeit, feierlichen Protest einzulegen gegen das, was gegenwärtig in dem unglücklichen Rußland geschieht. Der Augenblick wäre gekommen, die ganze Menschheit aufzurufen gegen das Gräßliche, das jetzt in allen Städten Rußlands vor sich geht: die planmäßige Vernichtung einer ganzen Gesellschaftsklasse, die Zerstörung unzähliger Menschenleben, die durch tausend Fäden der Bildung und des Berufes mit den übrigen Völkern der Erde verbunden sind.

Es ist eine Bartholomäusnacht im großen, die in diesen Septembertagen ihre Todesschatten über Rußland niedersenkt. Die Städte Moskau und Petersburg zittern. Nicht ein Mensch mehr in diesen Städten, der noch seines Lebens sicher wäre. Schuldige und Unschuldige, ein jeder kann, so geschieht es täglich, auf Grund eines bloßen Verdachtes, auf Grund von Listen, die beliebig zusammengestellt werden, von der Außerordentlichen Kommission gegriffen, in die überfüllten, von Schmutz und Ungeziefer wimmelnden Gefängnisse geworfen und ein paar Stunden später erschossen werden. Die Erschießungen finden meistens früh morgens statt, beim grellen Licht der Scheinwerfer an den mit Opfern beladenen Lastautomobilen, in dem Wäldchen an der Semenowskaja Sastawa oder auf dem Chodynka-Felde. Rücksichtslos requiriert man Häuser, Wohnungen und Wohnungseinrichtungen in allen Stadtvierteln. Die Räumungsbefehle prasseln in die von Kleinbürgerfamilien bewohnten Mietshäuser ebenso wie in die Häuser der Reichen an den Boulevards. Es fehlt an Fahrzeugen und Arbeitern, um die zahllosen Umzüge und

Transporte zu bewerkstelligen. Ganze Familien mit kleinen Kindern verbringen die Nacht auf der Straße. In einzelnen Wohnungen beschlagnahmen die Räumungskomitees nur Klaviere, Bilder und Standuhren für ihre Klubs. Matrosenkomitees sichern sich die reichsten Häuser, deren treulose Verwalter sich durch Verrat einen Anteil an der Beute von Kunstgegenständen oder vom Inhalt der Weinkeller sichern.

Der Terror schüttelt ganz Moskau wie ein Fieber. Gewiß, er ist in erster Linie eine Ausgeburt der Rache. Die von den Bolschewiki verkündete „Diktatur des Proletariats" ist nach den Attentaten auf Uritzki und Lenin, nach der Enthüllung des von Engländern und Franzosen unterstützten neuen Umsturzversuches, rasch und heftig zum Massenterror gesteigert worden. Der Massenterror ist zunächst die maßlose Reaktion auf die Akte einer politischen Partei, die den Terror von jeher in ihr theoretisches Programm aufgenommen hat. Die Theorie der Kommunisten fußt auf dem Satz, daß der Mensch als das Produkt der Verhältnisse zu betrachten sei; der soziale Kampf sei also mit der Absicht der radikalen Besserung der Verhältnisse zu führen. Dagegen gehört der Lehrsatz, daß die Verhältnisse das Produkt von Persönlichkeiten seien, und daß es also gelte, zunächst die verantwortlichen Persönlichkeiten auszumerzen, zum geistigen Rüstzeug der Sozialrevolutionäre. Dieser Satz und die terroristischen Folgerungen, die aus ihm gezogen werden, bilden noch heute das einigende Band zwischen den beiden, sonst miteinander verfeindeten Flügeln der rechten und der linken Sozialrevolutionäre. Alle die Attentäter der letzten Monate, die Blumkin, Donskoi, Kaplan und Kannegießer, stammen aus der Schule Sawinkows. Durch das Attentat und den Putschversuch vom 6. Juli haben die linken Sozialrevolutionäre den Versuch gemacht, Deutschland zu provozieren und die Sowjetregierung zu stürzen. Durch die Repressalien, die das Mißlingen dieses Versuches begleiteten, ist die Partei der linken S.-R. gegenwärtig in drei Richtungen zersplittert, von denen die größere sich den offenen Feinden der Räteregierung angeschlossen hat, die zweite mit den Bolschewiki einen unsicheren Kompromiß schloß, die dritte an dem früheren engen Bündnis mit den Bolschewiki festgehalten hat. Von der ersten Gruppe drohen noch immer terroristische Akte gegen die deutschen Vertretungen in Rußland wie gegen die Sowjetregierung. Nach

dem zeitweiligen Verschwinden der linken Sozialrevolutionäre traten aber sofort die rechten S.-R. auf den Plan. Sie gebärden sich als Beauftragte der in Samara gegründeten Rumpfnationalversammlung und als offene Helfershelfer der Entente. In bolschewistischen Kreisen wird behauptet, daß der Ausbruch eines allgemeinen Pogroms der Moskauer Arbeiter gegen die Bürgerlichen nach dem Attentat auf Lenin nur an einem Faden hing. Die Führer wissen sehr wohl, daß ein solcher Pogrom sich leicht in Szene setzen ließe, aber auch, daß niemand sein Ende voraussagen könnte. Was seit dem ersten September in Moskau geschehen ist, um den Repressalien gegen das Bürgertum eine organisierte Form zu geben, ist angeblich geschehen, um der Erregung des Proletariats ein Ventil zu geben, vielleicht aber auch, um den heißen Kessel unter Feuer zu halten, die knurrenden, unzufriedenen Volksmassen zu beschäftigen. Charakteristisch ist ein Leitartikel Radeks in der „Iswestija" vom 6. September, in dem es heißt: „Die Arbeitermassen haben lange gezögert, bis sie sich entschlossen, Zwangsmaßnahmen gegen das Bürgertum zu ergreifen. Im Anfang wollte die Arbeiterrevolution Großmut üben. Aber ihre Feinde erhoben zum Dank dafür, daß sie sie laufen ließ, gegen die Arbeiter ihre Waffen. Als Antwort auf den weißen Terror steht jetzt der rote Terror auf der Tagesordnung. Die Seele aller Verschwörungen auf russischem Boden ist die Bourgeoisie. Sie verfügt über ein Netz von Verbindungen im ganzen Lande. In ihren Händen befinden sich noch Milliarden. Noch hofft sie auf den Sieg mit Hilfe des fremden Kapitals und des Großbauerntums. Daher müssen ihr nicht nur ihre Waffen abgenommen, sondern auch alle Reichtümer müssen ihr entrissen, ihre Verbindungen zerstört werden. Wir müssen nicht nur die Produktionsmittel in unsere Hände bekommen, sondern auch alles persönliche Eigentum der Bourgeoisie, denn dieses dient ihr nur als Kampfmittel gegen das Proletariat." Man weiß in Moskau genau, daß es sich bei solchen Worten nicht um leere Drohungen handelt. Der Eindruck dieses Artikels war daher furchtbar. Durch ihn war zunächst für die Stimmung der Arbeitermassen am vorigen Freitag abend der Ton angegeben.

Jeden Freitag abend finden in den Bahnhöfen und Arbeitervorstädten Moskaus Agitationsversammlungen statt, über die sich die Mitglieder der Regierung als Redner verteilen,

um die Massen durch ihre Ausführungen zur Lage zu bearbeiten. Bei einer dieser Versammlungen, die am 31. August in der Michelsonschen Fabrik in dem jenseits der Moskwa gelegenen Arbeiterviertel standfand, ereignete sich das Attentat auf Lenin. Bei den Versammlungen am 6. September mußte sich zeigen, wie weit die Ereignisse vom 30. und 31. August auf die Arbeiter eingewirkt hatten. Diesmal erschien in der Michelsonschen Fabrik Krylenko, der neben seinem ukrainischen Landsmann Skripnik als einer der Haupturheber des blutigen Massenterrors genannt wird. Er machte unter stürmischem Beifall der Versammlung die Mitteilung, daß als Antwort auf den Mordanschlag gegen Lenin die ehemaligen Minister Schtscheglowitow, A. H. Chwostow und Beletzkij erschossen worden seien. Die Provokateure der aufgedeckten anglo-französischen Verschwörung habe man dem Revolutionstribunal übergeben. Im Volkshause des Lefortowski-Rayon, dem typischsten halbländlichen Arbeiterviertel im Norden Moskaus, sowie in der nicht weit davon entfernten Kaserne des 1. Räteregimentes sprach am selben Abend Radek über das Thema des Abends. Die Bolschewiki sind geschulte Agitatoren, aber nur wenige verstehen es so wie dieser kleingewachsene, unscheinbare Mann mit der Stirn und den Augen des Gelehrten und dem brutalen, beredten Mund des Demagogen, die Massen zu packen. Radek spricht ein schlechtes Russisch mit polnischem Akzent und deutschen Satzgebilden. Aber er spricht einfach und den Massen verständlich. Er erinnerte daran, daß die Räteregierung nach der November-Revolution den Finanzminister Tereschtschenko auf die Bitte seiner bejahrten Mutter freiließ, daß sie die Generäle Kornilow, Kaledin, Krasnow, dieselben, die später den Bolschewiki als Heerführer entgegentraten, freigab. Er erinnerte an den berüchtigten Radko Dmitrijew, der achtzigtausend russische Soldaten, von denen nur zwanzigtausend zurückkehrten, vor Przemysl in den Tod schickte. Den Schluß bildete die Forderung des Terrors gegen jene Bourgeoisie, die während des Krieges zu Hause saß, mit Miljukow, Buchanan und Kerenskij vom „Krieg bis zum Ende" redete und unterdessen hunderttausende russische Bauern und Arbeiter an den Fronten hungern, frieren und sich verbluten ließ.

In dem Riesenbau des Butyrka-Gefängnisses befinden sich gegenwärtig über 2500 Gefangene, von denen die meisten dem

angesehenen Bürgertum Moskaus angehören. Ueberall in der Stadt sind provisorische Gefängnisse: in ehemaligen Asylen, Schulen und Geschäftsgebäuden. Im Hause der „Russischen Versicherungsgesellschaft" an der Lubianka ist der Hauptsitz der Außerordentlichen Kommission, die über Leben und Tod der Verhafteten entscheidet. Auf den Straßen sieht man Gruppen von Verhafteten in Begleitung von Rotgardisten; über die Nikitskaja, eine der Hauptstraßen, deren einst vielbesuchte Buchläden und Geschäftslokale jetzt meist drch Bretterverschläge geschlossen sind, rollen die großen schwarzen fensterlosen Gefangenen-Automobile. Die bekanntesten Würdenträger der Zarenregierung waren schon vor mehreren Monaten nach Moskau verbracht worden. Ihr Gefängnis befand sich im Kreml, wohin auch General Brussilow, gegen den nichts vorlag, als daß er im Fall eines fremden Einmarsches möglicherweise die Rolle eines Skoropadski hätte spielen können, vor einigen Tagen gebracht wurde. Die Erschießung der ehemaligen Würdenträger, insgesamt 29 Personen, geschah nach den Andeutungen eines hiesigen Blattes ohne Gericht auf die bloße Verfügung der Außerordentlichen Kommission. Die Hinrichtung vollzog sich angeblich im Beisein einer Menge von Rotgardisten und Arbeitern, die auf die Nachricht von der Exekution aus den benachbarten Vierteln zusammengelaufen waren. Am würdigsten verhielt sich der Erzpriester Wostorgow, der als einer der ersten erschossen wurde. Der frühere Gehilfe des Finanzministers, Beletzki, versuchte im letzten Augenblick zu fliehen, aber die dreifache Postenkette bemerkend, senkte er resigniert den Kopf. Schtscheglowitow rief, ehe das Blei ihn niederstreckte, daß er in seinem Leben kein einziges Todesurteil unterzeichnet habe. Dem früheren Minister des Innern Maklakow und dem letzten Justizminister Nikolais II. Protopopow droht, wie es heißt, das gleiche Schicksal.

Tag für Tag fordert die Epidemie der Verhaftungen neue Opfer. Am Sonntag wurden die Namen von über fünfzig früheren Gendarmerieoffizieren und Polizeibeamten veröffentlicht, die man tags zuvor erschossen hatte. Man verhaftet Fabrikdirektoren, Hausbesitzer, Geschäftsleute, darunter Greise von über siebzig Jahren, einfach als Geiseln, die im Falle neuer Attentate auf Mitglieder der Räteregierung sofort erschossen werden sollen. Es gibt wohl in ganz Moskau keine Familie mehr, deren Kreis von Verwandten und Freunden

nicht durch die furchtbaren Maßnahmen der „Außerordentlichen Kommission" betroffen wären. Man läßt neuerdings den Familien, die den Räumungsbefehl erhielten, nicht einmal mehr die Frist von drei Tagen zum Verlassen ihrer Wohnungen. Aus allen Städten der Provinz von Pensa bis Smolensk kommen Nachrichten von Verhaftungen, Erschießungen, Konfiskationen, Kontributionen. Unter den Verhafteten in Moskau allein befinden sich übrigens über hundert deutsche Schutzgenossen, die trotz der ausdrücklichen Proteste und amtlichen Bemühungen des deutschen Generalkonsulats bisher nicht freigegeben wurden, sondern absichtlich über die entlegensten Gefängnisse der Stadt verteilt wurden. Um die Abreise aus der Stadt zu verhindern, werden die Vorortzüge in den Bahnhöfen überwacht. Man hat in Petersburg bisher zwei große Listen von „Geiseln" veröffentlicht. Unter ihnen befinden sich sämtliche Großfürsten, die ehemaligen Minister, zahlreiche Mitglieder der Bankwelt und der Industrie. Die systematische Durchsuchung der Bürgerwohnungen nach Lebensmitteln, Kleidern, Geld und Wertgegenständen soll organisierten Arbeiterabteilungen übertragen werden. Selbst in den dunkelsten Zeiten des zarischen Regimes war Rußland nicht so zur Hölle geworden wie in den gegenwärtigen Wochen des großen Schreckens.

Eine Einmischung von außen in diese Zustände erscheint gegenwärtig unwahrscheinlicher als je. Mit den Regierungen der ehemaligen Verbündeten befindet sich die Räteregierung nach ihren eigenen Erklärungen im offenen Kriegszustand. Von Deutschland, mit dem sie erst am 29. August die Ergänzungsverträge zum Brester Frieden abschloß, hat sie, nach den Angaben ihrer offiziöse Presse, nichts zu fürchten. Das stimmt zweifellos. Die nach Moskau gelangenden Stimmen der deutschen Presse über die Zusatzverträge zeigen das. „Prawda" feierte die Verträge als einen ersten gewaltigen Sieg der proletarischen Diplomatie über den „Imperialismus". Gewisse Berliner Blätter mögen indessen die neuen Verträge noch so lebhaft als ein gutes Geschäft begrüßen, zu dem die beteiligten Parteien sich gegenseitig Glück wünschen können, — die Gründe zu dieser beiderseitigen Freude sind jedenfalls keineswegs komplementär. Warum es sich so verhält, habe ich in meinen Ausführungen über die Handelspolitik der Sowjetregierung angedeutet. Daß aber einzelne

deutsche Blätter anläßlich der Verträge sogar von „Frieden und Freundschaft" zwischen beiden Ländern reden, erscheint beinahe unfaßbar, wenn man betrachtet, mit wie offenem Hohn auf Seiten der Bolschewiki, mit welcher Bitterkeit auf Seiten der bürgerlichen Kreise Rußlands die von Berlin gemeldeten glatten Redensarten über die Vorteile der Zusatzverträge hier aufgenommen wurden. Deutschland erscheint, von dem jetzigen Moskau aus gesehen, als ein Land der Illusionen, insbesondere der Illusionen über die Lage des östlichen Problemes in seiner Gesamtheit.

In den offiziellen roten Terror in Rußland, der leicht eines Tages seinen Urhebern über den Kopf wachsen kann, mischt sich bereits der graue Terror der Anarchie. Bewaffnete Banden rauben auf belebter Straße am hellen Tage Geld und Warentransporte. Die Zeitungen sind gewiß nicht freigebig mit Notizen über Raubüberfälle und Unterschlagungen. Aber schon das, was durch die Blätter täglich bekannt wird, genügt. Am vergangenen Sonntag schwiegen zum ersten Mal seit vielen Jahren die schönen, kapriziösen Glocken der Erlöserkirche, einer der stolzesten Kathedralen Rußlands, deren weiße Wände und weithin strahlende Goldkuppeln ein Wahrzeichen Moskaus sind. Die Kirche ist geschlossen. In der Nacht zum vorigen Sonntag haben Einbrecher die gesamten wertvollen Meßgeräte, Gewänder, Fahnen, Heiligenbilder aus der Kirche gestohlen, sogar die silbernen Beschläge der Evangelienbücher wurden entwendet. Und aus den Dörfern in der nächsten Umgebung der Stadt berichtet man von organisierten Ueberfällen ganzer Banden von Expropriatoren auf Gutshöfe, Landhäuser und Bauernwohnungen.

Die Frage nach einem diplomatischen Eingreifen Deutschlands soll hier nicht erhoben werden. Die deutsche Reichsregierung tue nur das Ihrige, um im deutschen Volke keine Illusionen über Rußland aufkommen zu lassen, von denen es einst ein unangenehmes Erwachen geben müßte. Um den Namen Deutschlands vor der übrigen Welt rein zu halten, ist es unumgänglich, nicht nur gegen den leichtsinnigen Gebrauch der Worte „Friede und Freundschaft" in Bezug auf das gegenwärtige Rußland Einspruch zu erheben, sondern eines Tages im Namen der Menschlichkeit auch das deutliche und kurze Wort „Genug!" auszusprechen.

III.

Die „Außerordentliche".

Moskau, 1. November.

In dem großen beschlagnahmten Geschäftshause der Russischen Versicherungsgesellschaft in Moskau, einem Eckhaus der Lubjanka, hinter Fensterscheiben, die seit einem Jahr nicht mehr gereinigt worden sind, befindet sich das Hauptquartier der „Allrussischen Außerordentlichen Kommission für die Bekämpfung der Gegenrevolution, Spekulation und Sabotage". Diese berühmte Kommission führt im Volk den Namen „Tschreswytschaika", — „die Außerordentliche". Ihre Tätigkeit ist allerdings außerordentlich in vielen Beziehungen. Ihr Quartier in Petersburg ist ein großes Eckgebäude an der Gorochowaja, dessen Eingänge und Treppen inwendig mit Maschinengewehren besetzt sind und dessen Hof von Automobilen und Lastwagen voll steht. Vor der Tür des Moskauer Hauptquartiers halten Tag und Nacht Motorräder und Automobile, bewegen sich immer Menschen in Zivil und Rotgardisten-Uniform als Wachen, was indessen nicht hindert, daß gelegentlich eines der Automobile von Unbekannten, die es plötzlich und mit vorgehaltenem Revolver besteigen, nach unbekanntem Ort entführt wird. Auf den Treppenabsätzen, vor jeder Biegung der Gänge im Innern dieses Gebäudes stehen bewaffnete Posten. Arrestlokale voll von Untersuchungsgefangenen befinden sich in den Kellern, die früher einer großen Moskauer Firma als Weinlager dienten; hölzerne Verschläge dienen als Einzelzellen. Räume für Verhöre, für Aktenarbeit, für Sitzungen, für Wartebänke bietet das ganze Haus. Der Chef empfängt Besuche in einem sagenhaften Zimmer, das er durch ein Bufett zu verlassen vermag. In diesem Zimmer ist es durch eine an die Wand geheftete Bekanntmachung verboten, „den Revolver zu berühren". Sieht man durch die Straßen Moskaus Lastautomobile sausen,

in denen eine Gruppe bis an die Zähne bewaffneter, in langen Mänteln steckender Milizen aufrecht steht, so ist es sicherlich eine der fliegenden Abteilungen der „Außerordentlichen", die sich nach irgend einer Stelle begibt, wo es gilt, ein Häuserviereck zu umstellen, Wohnungen zu durchsuchen, den Inhalt von Warenspeichern zu beschlagnahmen oder Verhaftungen vorzunehmen. Unter den Mitgliedern der Kommission sind auffallend viele Nichtrussen: internationalistische Letten, Ungarn, Polen, Oesterreicher, Ukrainer, Juden, Kaukasier. Darunter auch einige Frauen von so paradoxer Verschiedenheit wie die gebildete und persönlich sympathische Frau Irmentraut Petrow, eine geborene Deutsche, und die ebenso stupide wie blutdürstige Lettin Krause. Dserschinski und Peters sind ihre Leiter, ersterer ein Pole, der andere ein Lette, beides Revolutionäre von Beruf und Erfahrung. Besonders Dserschinski, aus litauischem Kleinadel, ein Fanatiker wie Saint Just, seit zwanzig Jahren Mitglied der polnischen internationalistischen sozialistischen Sektion, bei der Räumung Warschaus 1915 aus dem Gefängnis nach Moskau überführt und dort frei geworden: ein Mann, der, was viel sagen will, in Rußland höchstwahrscheinlich mehr Todesurteile unterzeichnet hat, vor Flüchen und vor Tränen unerbittlicher geblieben ist als irgend ein Sterblicher vor ihm; ein Jakobiner, von dem behauptet wird, daß er eher Lenin oder sogar sich selbst verhaften werde, als der „Idee" einen Augenblick untreu zu werden; ehemaliger politischer Sträfling, durch die Jahre der Einsamkeit in der Zelle in Weltbeglückungsideen von typisch slavischem Mystizismus, in den Erlösungsgedanken, in ästhetische Grübeleien eingesponnen; und der geborene Polizeichef, kaltblütig, wachsam und listig, ein Spezialist in der Kunst, eine Großstadt wie Moskau durch seine Strategie der Häuser und Stadtviertel, durch die Besetzung aller hochgelegenen Stockwerke, durch eine geschickte Verwendung seiner Häscher und Lauscher, durch Verbreitung angsterregender Gerüchte dauernd in Respekt zu halten und diese Stadt auch faktisch zu beherrschen durch die raffinierte Verteilung seiner beweglichen und unbeweglichen Kampfmittel, zu denen Panzerautos, Maschinengewehre, Handgranaten, Gefängnisse und kleine improvisierte Festungen gehören.

Die „Außerordentliche" machte gewaltig von sich reden, als im Juli dieses Jahres zwei ihrer Unterbeamten, Blumkin und Andrejew, den Grafen Mirbach ermordeten und dann durch

die Netze ihrer Kameraden in das gelobte Land der Ukraine entschlüpften. Es offenbarte sich da, daß die Kommission Elemente enthielt, die imstande waren, eine Politik der Tat im Dienst gewisser Minderheitsparteien zu treiben. Eine Reinigung wurde vorgenommen. Auch Dserschinski trat von seinem Posten zurück, aber nur auf wenige Wochen. Denn er war unentbehrlich, und bald war alles wieder beim alten. Die Macht der „Außerordentlichen" stieg. Das Revolutionstribunal und sein von Trotzki eingesetztes besonders für die Angelegenheiten der mobilen Armee bestimmte „Kriegs-Revolutionstribunal" stand hinter ihr. Sie begann ihren Kampf gegen die Gegenrevolution auch in den übrigen Städten Rußlands zu führen. Sehr bald machte sie durch Verhaftungen und Erschießungen von sich reden. Die Bewachung der Grenzen des Landes wurde ihr ebenso übertragen, wie die Niederwerfung aufsässig gewordener Bauern durch die zu diesem Zweck gegründeten „Komitees der Dorfarmut". Sie kontrolliert die Bahnhöfe und die fahrenden Züge, die Kasernen und das Straßenleben, sie wacht über die Sicherheit und daneben auch ein wenig über die Gesinnung der Räte und der Volkskommissare. In den Städten bildete sich allmählich eine zwar formlose, aber wohlbekannte, dabei niemand verantwortliche Polizei, und sie arbeitete dabei nach all den ewigen Regeln und Methoden aller älteren Polizeiorganisationen der Welt, besonders aber der Ochranka des alten zaristischen Regimes, mit ihrem interessanten Anhang von Agenten, Spitzeln und Provokateuren. Sie unterrichtet sich durch organisierte Aufklärer über die Stimmung der Massen, sie erfährt durch ihre Zuträger die heimlichen Gedanken, Hoffnungen und Aengste der Bürgerkreise. Auf dem Lande begann sie bald ebenfalls nach bewährtem Muster, eine eigene zum Teil berittene Gendarmerie einzurichten, eine Truppe, die ausdrücklich den Befugnissen des Kriegs-Kommissars entzogen war. Die „Tschreswytschaika" nahm so ganz die Umrisse dessen an, was die bewaffnete Ordnungsmacht im alten Rußland in den Händen des Ministers des Innern gewesen war.

Natürlich weiß die Räteregierung den Wert dieses scharfen und raschen Instrumentes in ihren Händen sehr zu schätzen. Jede Regierung in Rußland wird noch auf lange Zeit hinaus eine despotische sein und sich despotischer Mittel bedienen müssen. Der Charakter der russischen Masse zwingt sie dazu. Der „Außerordentlichen Kommission" hat die Sowjetregierung unter anderem

die Aufdeckung des großen anglo-französischen Komplotts vom September dieses Jahres zu danken, das die lettischen Regimenter bestechen, die Hauptverkehrsadern des Landes unterbinden und die Sowjetregierung durch einen Handstreich beseitigen wollte. Der Rat der Volkskommissare hat die ganze Meute der „Tschreswytschaika" losgelassen, als es galt, für die Attentate vom vergangenen Sommer Rache zu nehmen; er hat schließlich, als die Panik unerträglich wurde, und das Entsetzen auch im Ausland Widerhall zu finden begann, eine zeitlang versucht, den Eifer der Kommissare durch die beschwichtigende Mitarbeit einer Frau, die der Kommission beigeordnet wurde, zu mildern. Die „Außerordentliche" pocht indessen auf die harte Notwendigkeit ihres rücksichtslosen Vorgehens, einerlei, ob es sich um die Räumung der Wohnungen unzähliger beklagenswerter Familien, um die Versiegelung von Läden, Speichern und Fabriken, um die Erschießung von wirklich Schuldigen, um das Leben von Greisen oder knabenhaften Jünglingen, um ehemalige Offiziere, Polizeibeamte, Minister, um die Verhaftung von Bürgern aller Lebensstellungen als Geiseln handelte. Sie entwickelte sich als Selbstzweck. Angesehene Mitglieder der Sowjetregierung forderten Mäßigung, suchten zu intervenieren, drangen aber nicht durch. Schließlich mußte es der Volkskommissar des Innern selber sein, der hier Zügel anlegte, ehe die Außerordentliche Kommission eines Tages dazu übergehen konnte, einen Konvent für sich zu bilden, der imstande war, die der Humanität verdächtigen Mitglieder der Räteregierung selber vor sein Tribunal zu fordern.

Der Innenkommissar Petrowski hat nunmehr ein Statut veröffentlicht, das die Befugnisse der Außerordentlichen Kommission auf einen gesetzlichen Boden stellen soll. Durch dieses Statut wird die Kommission in Moskau als das Zentralorgan bestätigt, das die Tätigkeit aller örtlichen Außerordentlichen Kommissionen verbindet. Zugleich aber wird sie ausdrücklich als Organ des Rates der Volkskommissare bezeichnet. Nur diese hat ihre Mitglieder zu ernennen. Ihr Vorsitzender ist Mitglied des Kommissariats des Innern, aber dem jeweiligen Innenkommissar keineswegs unterstellt. Das Justiz-Kommissariat ist in der Leitung der Außerordentlichen Kommission durch einen Delegierten vertreten. Jede örtliche Kommission ist zwar berechtigt, ihre bewaffneten Abteilungen zu organisieren, diese aber unterstehen den Vollzugsausschüssen der örtlichen Räte, die im

Einvernehmen mit der Allrussischen Außerordentlichen Kommission auch die Kredite für diese Orts-Abteilungen zu gewähren und die ihnen gegebenen Instruktionen zu genehmigen haben. Man glaubt offenbar, auf diese Weise einen Ausgleich zwischen Zivilgewalt und bewaffneter Gewalt hergestellt zu haben, obwohl bei den Räten der Arbeiter und Bauern, als den eigentlichen Trägern des revolutionären Gedankens in dem gegenwärtigen, von ewiger Unruhe zerfressenen Rußland, ein Unterschied zwischen Zivilgewalt und bewaffneter Gewalt kaum noch vorhanden ist.

Das neue Statut beschneidet die bisherigen fast unbegrenzten Vollmachten der Außerordentlichen Kommission, die auf dem Wege ist, einen Staat im Staate zu bilden, eigentlich nur in geringem Maße. In einigen Regierungskreisen hat man gegen die „Außerordentliche" eine Kampagne geführt. Das Ergebnis dieser Kampagne ist ganz von dem Ansehen und der Machtstellung der jeweiligen Regierung und ihrer führenden Mitglieder abhängig. Der bisherige, durch Fanatismus und Schlimmeres bestimmte Charakter dieser Behörde wird sich schwerlich ändern. Zwar hat der rote Terror, der von den ersten Septembertagen an in rascher Steigerung bis vor wenigen Wochen in Rußland herrschte, nachgelassen. Man ist an manchen Orten, besonders in Petersburg, allmählich in eine sachliche und beschleunigte Prüfung der Angelegenheit vieler Verhafteten eingetreten, die bisher als Gefangene und Geiseln in Zuchthäusern und Arrestlokalen verkamen. Eine gewisse Entspannung ist wahrzunehmen, aber auf wie lange? Man wünscht in den Jahrestagen der russischen Oktober-Revolution die Volksstimmung nicht durch neue schreckenerregende Maßnahmen zu beunruhigen, aber in der Zwischenzeit hat sich eine gewisse Organisation dieser eigentümlichen, in schwarzen Lederanzügen auftretenden Inquisitionstruppe vollzogen, und erst in künftigen kritischen Momenten, die nicht ausbleiben werden, wird sich zeigen, ob die Außerordentliche Kommission durch ihr neues Statut zu jenem fügsamen Werkzeug der von den verantwortlichen Volkskommissaren geführten Politik geworden ist, als das sie in ihrer primitiven Anlage gedacht war.

IV.

Die russische Bauernfrage.

Moskau, 14. November.

Die russische Revolution hat seit den Ereignissen im Oktober des vorigen Jahres ihr jetziges proletarisches Gepräge angenommen. In ihrer bürgerlich-demokratischen Anfangszeit galt das allgemeine Stimmrecht und seine Frucht, die Nationalversammlung, als die Hauptforderung. Die Sprengung der Konstituante durch die Matrosen Lenins beseitigte indessen diese Frucht und ersetzte sie durch die Diktatur des Proletariats, die in Wirklichkeit eine Diktatur der Führer des Proletariats, Diktatur einer marxistischen Sekte ist. In allen bisherigen Phasen der russischen Revolution, auch in den vorbereitenden, welche die Macht der Zarenregierung untergruben, war die Agrarfrage das eigentlich treibende Moment. Ein Erlöschen der Agrarbewegung in Rußland ist aber nur unter zwei Voraussetzungen denkbar: entweder mit einer vollkommenen Befriedigung der Bauernmassen oder mit dem Scheitern des bisher radikalsten Versuches, der zur Lösung der Bauernfrage in Rußland unternommen wurde, nämlich der revolutionären Landaufteilung. Jede selbst zeitweilige Lösung der Bauernfrage, sei es nun die einer redistributären Ordnung, welche die Ergebnisse der Revolution festhält, oder das Chaos, das reaktionäre Lösungsversuche vorbereitet, muß mit einem Schlage die Revolution, auch wenn sie in den Städten noch nicht „fertig" sein sollte, zu Ende bringen.

Die Revolution der Kommunisten-Bolschewiki ist in erster Linie ein Aufstand des Industrieproletariates. Sie hat erst nachträglich und nicht ohne Gewaltsamkeiten die Revolution des Bauerntums in ihre Bahnen zu lenken gesucht. Die russische Bauernbewegung ist bei allen ihren wirtschaftlichen Antrieben doch im Grund nationalistisch. Ihr eine internatio-

nalistische Verkleidung zu geben, wie die Bolschewiki und die linken Sozialrevolutionäre es wollen, ist ein Widerspruch in sich selber. Der russische Bauerninternationalismus, von dem zuweilen geredet wird, umfaßt zwar, wie man es auf dem fünften Allrussischen Rätekongreß feststellen konnte, die Bauernbewegungen in Lettland, in Polen, in der Ukraine, aber er macht Halt vor den Grenzen des alten Rußland, er hat gegen alles, was vom Ausland kommt, das größte Mißtrauen. Die aus der alten Volkspartei, den Narodniki, hervorgegangenen, einander jetzt heftig bekämpfenden Flügel der Sozialrevolutionäre haben noch jetzt die große Masse des russischen Bauerntums hinter sich. In Sibirien und in den außerhalb der Räterepublik gelegenen Teilen des Wolgagebietes scheint der Anhang der rechten S.-R. zu überwiegen. In der Ukraine und in Turkestan, wo erhebliche Teile des Kleinbauerntums die Organisation der Räte anerkennen, sind die linken S.-R. zwar Verbündete der Kommunisten, aber zahlreicher als diese. Hinter den Sozialrevolutionären nämlich steht noch immer der Bauer als ein selbständig wirtschaftender, bodenständiger Faktor. Hinter den Bolschewiki dagegen steht der marxistische Gedanke der Errichtung industrieller Armeen auch für den Ackerbau. Die Bolschewiki bezeichnen auch den Landbau als eine Sache der Gesamtheit. Um diese Armeen aufzurichten, müssen also zuvor die Bauern proletarisiert und mit anderen Teilen des Proletariats vermischt werden.

Der gewaltige Erfolg der Oktoberrevolution beruht darin, daß den Bauern im Heere von Lenin und seinen Genossen zugerufen wurde: geht nachhause, nehmt das Land, keine Minute ist zu verlieren. Trotzdem aber die Bauernmassen auf diesen Ruf eiligst nachhause liefen und trotzdem sie alle, besonders im Räterußland, die Persönlichkeit Lenins willig als die des großen Führers anerkennen, standen sie bisher in ihrer erdrückenden Mehrheit nicht auf dem Boden der kommunistischen Partei, sondern der Sozialrevolutionäre. Bei dem Zusammentritt des erwähnten fünften Rätekongresses, der im Juli dieses Jahres in Moskau stattfand, stellte es sich zur großen Beunruhigung der Moskauer Gewalthaber heraus, daß die linken S.-R. über die absolute Mehrheit verfügten. Dem entsprach die triumphierende und drohende Sprache ihrer Redner auf diesem Kongreß. Die Spiridonowa, die lettischen und ukrainischen Delegierten, alle richteten unter dem tobenden Beifall

der Bauern, die in ihren Zwischenrufen ankündigten, Moskau künftig kein Getreide mehr zu geben, wütende Angriffe gegen die Unterzeichner des Breſter Friedens und gegen die „deutſchen Unterdrücker“ in Kiew und Moskau. Die Ermordung des Grafen Mirbach geſchah am folgenden Tage und zwar, wie bekannt, auf Parteibeſchluß der linken S.-R. Der bis zu dieſem Augenblick nur auf ihre dialektiſchen Mittel angewieſenen Räteregierung diente das Ereignis dazu, der ihr ſelber drohenden Gefahr ein raſches Ende zu machen. Die Führer der feindlichen Schweſterpartei wurden verhaftet, ihre Blätter unterdrückt, ihre Anhänger auf dem Lande ins Gefängnis geworfen. Nicht weniger als zweihundert Sozialrevolutionäre wurden in jenen Tagen erſchoſſen, und man hatte bei dieſem Verfahren noch den Vorteil, der deutſchen Reichsregierung die Menge der Opfer als angebliche Sühne für die Ermordung ihres Geſandten präſentieren zu können. Der innerpolitiſche Erfolg trat ſchon auf dem ſechſten außerordentlichen allruſſiſchen Rätekongreß, der Anfang November in Moskau ſtattfand, in die Erſcheinung. Einer überwältigenden Mehrheit von 640 Kommuniſten ſtand auf dieſem Kongreß eine Oppoſition von nur noch 3 Sozialrevolutionären gegenüber. Und die große programmatiſche Rede Sinowjews über „Die Aufgaben der Ausſchüſſe der Dorfarmen“ zeigte, wie ſich inzwiſchen die kommuniſtiſche Partei der Weiterführung der Revolution auf dem Lande angenommen hatte.

Die Komitees der Dorfarmut bildeten ſchon auf dem fünften Rätekongreß eine ſtark umſtrittene Frage. Die in den Dörfern gebildeten Bauernräte hatten ſich nämlich in manchen Fällen keineswegs als ſo revolutionär erwieſen, wie es den Führern in Moskau als wünſchenswert erſchien. Gutsbeſitzer, reiche Bauern und ſogenannte Dorfwucherer hatten in manchen dieſer Bauernräte eine entſcheidende Stimme. Durch die Einwirkung beſonnener Elemente war in einigen Gegenden die Landaufteilung zu einem gewiſſen Stillſtand gekommen, vieles war beim alten geblieben, manche Bauern hatten ſogar den ehemaligen Beſitzern das Geraubte wieder herausgegeben, einzelne Bauern blieben in ihrem früheren Pachtverhältnis, nachdem ihnen unter dem Druck der allgemeinen Lage eine Herabſetzung ihrer Pachtabgaben ohne Schwierigkeit gelungen war. Wohl in jedem Gouvernement, zum Beiſpiel in der unmittelbaren Nähe von Moskau und Smolensk, gab es noch in dieſem Sommer Güter, auf denen trotz der Herrſchaft der Bauernräte

so ziemlich alles unverändert geblieben war. In anderen Gegenden wiederum schien es, als ob die Revolution beendet sei, nachdem nun die Bauern frei über den Boden der Gutsbesitzer, die einstigen Kronländereien, die Liegenschaften der Klöster und der Kirchen verfügten. Dort begannen die Bauern allmählich die Abgabe von Getreide an die hungernden Städte zu verweigern. Den von Moskau ausgeschriebenen Steuern und der Einziehung von Rekruten zur Roten Armee setzten sie bewaffneten Widerstand entgegen. Bauernaufstände gab es in allen Gebieten der Sowjetrepublik während des ganzen Sommers; in den Gouvernements Rjäsan, Tula und Moskau haben diese Aufstände in den letzten Wochen ernstere Formen angenommen und dauern noch an. Der russische Bauer hat im allgemeinen während des Krieges viel Geld verdient. Freilich Papiergeld. Er sammelt und vergräbt dieses Geld in Töpfen und Konservenbüchsen, um es bis zu der Zeit aufzuheben, wo er sich dafür etwas kaufen kann. Er will Zuchtvieh, Saatgetreide, Düngemittel, Maschinen, die es jetzt nicht gibt. Für sein Vieh und sein Getreide, das er verkauft, will er nicht mit Geld bezahlt werden, sondern mit Manufakturwaren, Sensen, Pflügen, landwirtschaftlichen Maschinen, zuweilen auch mit Schnaps, soweit er nicht längst heimlich selber begonnen hat, sich mit diesem Festgetränk zu versorgen. In anderen Gegenden wieder hat sich die Bodenaneignung wie ein Feuerbrand in so anarchischen Formen vollzogen, daß nichts unverwüstet geblieben ist, weder die riesigen noch unbebauten Latifundien des einstigen kaiserlichen, adeligen oder geistlichen Besitzes, noch die Konzessionen industrieller Waldausbeutungsunternehmungen, weder die verlotterten Gutswirtschaften, noch die vereinzelten Mustergüter. Die Bauern haben viele Gutshöfe nicht nur geplündert, sondern sie bis auf den Boden niedergebrannt, haben Ställe, Gewächshäuser, Molkereien, Ziegeleien zerstört, Wälder gefällt, das Inventar zerschlagen oder zum Verkauf in die Städte gefahren. Jagd, Fischfang, Nutzung der Wälder, alles ist frei. Wo es genügt hätte, die früher unerträglichen Einengungen, den übergroßen Privatgrundbesitz, die ökonomische Macht der Klöster und der Popen und den Zwang der alten Dorfgemeinschaften niederzulegen und in Ruhe die Arbeit auf den Aeckern zu beginnen, da herrschen nun Durcheinander, Verwahrlosung, Mißtrauen, Neid, Bandenkämpfe der Bauern untereinander. Von einer planmäßigen Zerlegung der zum

Teil allzu dicht gebauten dörflichen Siedelungen über das Land, von der Anlage eines verzweigteren Wegenetzes, die eine volle Ausnutzung des Bodens erst möglich machen würde, ist keine Rede. Die letzten Gebildeten, wie Landärzte, Agronomen, Gutsbesitzer sind vom Lande vertrieben. In vielen Gegenden herrschen nun mittelalterliche Zustände, Lynchjustiz von fürchterlicher Roheit, heidnischer Aberglaube. Aus einem Kreise des Rjäsanschen Gouvernements werden Hexenverbrennungen berichtet. Vielfach tritt an die Stelle des bereits eingeführten intensiveren Landbaues wieder die primitive Dreifelderwirtschaft. Felder, die seit Jahrzehnten unter dem Pflug gewesen waren, liegen unter einem Bewuchs von Unkraut, der auch die künftige Fruchtbarkeit des Brachlandes in Frage stellt. Die bei solchen Zuständen unausbleiblichen dauernden Schädigungen, die Einwirkung der großen Wälderzerstörungen auf das Klima des Landes sind einstweilen nicht abzuschätzen.

Jeder Einsichtige hatte diese Zustände vorausgesagt. Auch die Bolschewiki sind sicherlich wissend genug, um nicht die katastrophalen Folgen einer anarchischen Landaufteilung klar zu erkennen. Aber sie stützen ja gerade ihre Macht auf die immer verzweifeltere Stimmung des Bauerntums, das sich unter diesen Zuständen rasch in ein gleichförmiges und resigniertes Proletariat verwandeln muß. Und um diesen Prozeß noch zu beschleunigen, stellen sie den als gegenrevolutionär verdächtigten Bauernräten die Ausschüsse der Dorfarmen entgegen, denen mit Unterstützung der berüchtigten Außerordentlichen Kommission die Aufgabe übertragen ist, die verkappten Dorfwucherer und Gutsbesitzer ausfindig zu machen und zu beseitigen. Das Ziel dieser Ausschüsse ist die Ueberführung des Bodens in den Allgemeinbesitz. Dann kommt die Nutzung dieses Allgemeinbesitzes durch die künftigen proletarischen Arbeiterarmeen, denen die Maschinen, das Saatgetreide, die Wohnungen und alles übrige vom Staat geliefert werden sollen.

Die Folgen der augenblicklichen Zustände äußern sich in den ungeheuerlichen Ernährungsschwierigkeiten der Sowjetrepublik. Schon der Wegfall Sibiriens, der Ukraine und Turkestans als der eigentlichen Kornkammern des europäischen Rußlands würde sich bei sonst unveränderten Bedingungen der Getreideerzeugung im Gebiete der Räterepublik in einer Steigerung der Getreidepreise bemerkbar machen. Immerhin würde

sich die Steigerung in erträglichen Grenzen halten können, solange noch die Getreidegegenden von Samara, Saratow und Rjäsan zu Moskau gehören. Ueber den Rückgang der bebauten Saatfläche im eigentlichen Rußland erlaubt der Stand der Statistik nur unsichere Vermutungen. Nach einer Aeußerung des damaligen Landwirtschaftsministers Naumow in der Reichsduma im März 1916 betrug die Verminderung der Saatfläche 1914/15 bereits 10,3 Prozent. Sie stieg, laut Naumow, 1915/16 in der Ukraine, im gesamten Wolgagebiet und im Kaukasus auf 20 bis 50, in Sibirien auf 22 Prozent. Dem quantitativen Rückgang entsprach auch der qualitative. Der gesamte Viehreichtum Rußlands, der im Jahre 1913 noch 52,4 Millionen Stück betrug, ist bei ständig abnehmendem natürlichem Zuwachs und einem bei zunehmender Fleischeinfuhr erst seit der zweiten Hälfte des Krieges langsam eingeschränkten Verbrauch nach vorsichtigen Schätzungen für das Gebiet der Sowjetregierung schon tief unter die Hälfte des früheren Bestandes zurückgegangen. Dem entspricht die Steigerung der Preise in Moskau von etwa 12 Kopeken für das Pfund Rindfleisch vor dem Kriege auf mindestens 13 Rubel, für Schinken von 35 Kopeken auf 40 Rubel, für Hühner von etwa 50 Kopeken auf 45 Rubel das Stück, für Käse von 20 Kopeken auf 30 Rubel das Pfund, für Eier von 1,5 Kopeken auf 1,8 Rubel des Stück. Selbst im Kartensystem und im direkten Bezug dieser Lebensmittel durch die Konsumgenossenschaften der Kommissariate, der Fabriken, der Mieterkomitees ermäßigten sich diese Preise nur unbeträchtlich. Tagelang sind Fleisch, Milch, Eier in Moskau überhaupt nicht zu haben. Der Preis des Mehls ist von 3 Kopeken auf 11 Rubel das Pfund gestiegen. Im freien Verkehr sind außer Kartoffeln, Kohl und Rüben andere Gemüse normalerweise nicht mehr zu finden. Berücksichtigt man bei dem Vergleich der jetzigen Preise mit den ehemaligen, daß der Papierrubel von heute höchstens noch eine Kaufkraft von 10 Kopeken hat, so ergibt sich, daß die Steigerung der Lebensmittelpreise, die eigentlich erst im Jahre 1917 unter der Kerenskij-Regierung empfindlicher fühlbar wurde und damals das zwei- bis dreifache des Normalen betrug, unter der jetzigen Regierung das zehn- bis fünfzehnfache des früheren erreicht hat. Natürlich haben auch die zerfahrenen Verkehrsverhältnisse und Magazinierungsschwierigkeiten neben der Aus-

schaltung des Privathandels an dieser enormen Steigerung ihren Anteil; sie beruhen nicht ausschließlich auf der Lage der Landwirtschaft.

Schon vor dem Kriege konnte von einer relativen oder sogar absoluten Uebervölkerung einer Anzahl der wichtigsten Gouvernements gesprochen werden. Die unhaltbaren Agrarverhältnisse haben das alte Rußland revolutioniert. Tatsächlich hat die Revolution von 1917 durch die Freigabe des Bodens eine der wichtigsten Ursachen des russischen Bauernelendes beseitigt, nur sind die Segnungen des neuen Zustandes einstweilen ausgeblieben. Die auf eine allmähliche Verländlichung der Städte und auf Industrialisierung des flachen Landes gerichtete innere Politik der Räteregierung mit ihrem mannigfachen Beiwerk zur geistigen Revolutionierung des Bauernstandes ist zwar sehr bemerkenswert, sie kann aber den Bauern die technische Schulung, die nationalökonomische Einsicht in ihre Lage, deren sie in erster Linie bedürfen und nach der sich ein lebhaftes Verlangen unter ihnen kundgibt, nicht ersetzen. Der kulturelle Tiefstand des russischen Bauernvolkes ist in der Tat erschreckend. Aber wenn die oben geschilderten Anzeichen nicht täuschen, so wehrt sich selbst das nur schwach entwickelte Individualgefühl des russischen Landbewohners instinktiv gegen die Pläne zu einer allgemeinen Proletarisierung und kommunistisch-industriellen Zustutzung des Lebens. Vielmehr scheint es, als ob aus den russischen Bauernmassen, so viele oder wenige Jahre auch zu ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsolidierung nötig sein mögen, starke Reaktionen des Nationalgefühles zu erwarten seien, die sich in Expansionsbedürfnissen äußern können, von denen die des Zarenreiches nur in den Formen, aber im Wesen nicht so sehr verschieden waren.

V.

Die Blockade der Sowjetrepublik.

27. November.

Durch das Darniederliegen des Handels und den Mangel fast allen geregelten Verkehrs mit dem Auslande befindet sich die russische Räterepublik seit ihrem Bestehen in einem Zustand der Selbstblockade, den die Moskauer Gewalthaber bisher noch niemals geneigt waren aufzuheben, so dringlich auch gewisse Staaten ihren Wunsch nach einer Wiederanknüpfung der alten friedlichen Beziehungen mit Rußland zu erkennen gaben. Diese bewußte Sabotage der Warenkäufer und Lieferanten des alten Rußland, die den Prozeß der Reduktion und der Kommunisierung des Welthandels fördern und den gemeinsamen Interessen des internationalen Proletariats nützen sollte, hat im Auslande viel böses Blut gemacht. Ob er am Ende wirklich dazu beitragen wird, die von Lenin und seinen Jüngern gewollte Zersetzung des kapitalistischen Wirtschaftsgefüges der ganzen Welt herbeizuführen, ist eine offene Frage. Zu dieser Selbstblockade kommt aber seit dem Sommer dieses Jahres die Sperrung der gesamten nördlichen und östlichen Grenzstrecken des Räterußland durch das kriegerische Verhältnis zu den Ententemächten, die im Norden die Murmanfront, im Osten die Wolgafront geschaffen, den Vormarsch der Rätetruppen nach Turkestan abermals zum Stillstand gebracht haben und jetzt im Begriffe sind, mit ihren durch Rumänien und das Schwarze Meer vorgeschobenen Streitkräften an die Stelle der mit den gegenrevolutionären Generälen Denikin und Krasnow verbündet gewesenen deutschen Heeresabteilungen zu treten. Ende Oktober hat Holland die Aufnahme des zum Vertreter der Sowjetregierung im Haag bestimmten lettischen Parteiführers Rosin verweigert; die Schweiz hat kurzerhand die gesamte diplomatische Mission der Moskauer Räteregierung in Bern ausgewiesen. Außer den

niederländischen und schweizerischen Staatsangehörigen haben auch die Schweden begonnen, das Gebiet der Räteregierung zu verlassen; die diplomatischen Beziehungen zu den skandinavischen Staaten sind zwar noch nicht offiziell abgebrochen, sind aber gegenwärtig in Anbetracht der Verkehrsschwierigkeiten praktisch beinahe wertlos. Die Ausweisung Joffes und seines nach mehreren hundert Personen zählenden Gesandtschaftsstabes am 6. November vervollständigte inzwischen die Weltblockade des moskowitischen Staates. Was die Aufhebung der Berliner russischen Gesandtschaft zu bedeuten hat, die fast ein Jahr lang als wichtigster Vorposten der Räteregierung in Mitteleuropa durch ihren technisch vorzüglichen Nachrichtendienst die Moskauer Regierung auf dem Laufenden gehalten und die außerhalb Rußlands tätigen revolutionären Sekten stets reichlich mit Geldmitteln und Propagandaliteratur versorgt hatte, ist jedem klar, der sich erinnert, daß das Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten in Moskau über politische Vorgänge in Deutschland weit besser unterrichtet zu sein pflegte als selbst die in Moskau anwesenden, auf dienstliche Telegramme und unregelmäßig eintreffende Zeitungen angewiesenen amtlichen Vertreter. Die Aufhebung der Berliner Gesandtschaft war für die Sowjetregierung, die ja auch für ihre Verbindungen mit der Schweiz, mit Holland und Skandinavien auf den Weg über Deutschland angewiesen war, ein ganz empfindlicher Schlag. Sie befand sich plötzlich wie in einem Zimmer, in dem das Licht ausgeht.

Man kann unter diesen Umständen begreifen, daß die Sowjetregierung kein Mittel unversucht ließ, um die isolierende Mauer zu sprengen, die von allen Staaten der Erde wie auf Verabredung errichtet schien, um den Grubenbrand der Weltrevolution in seinem Herde zu ersticken. Die Zustände in Rußland haben sich seit dem Anfang des Winters nicht gebessert. Im Gegenteil. Die Lebensmittelverhältnisse und die Wohnungsnot sind so schwierig geworden, daß große Teile des Bürgertums notgedrungen begonnen haben, in den Sowjetbehörden Dienst zu nehmen, nur um auf diese Weise in den noch einigermaßen geheizten Schreibstuben Beschäftigung, Geldverdienst, gemeinschaftliches Mittagessen zu erhalten und ihre Wohnungen vor der Requisition zu schützen. Die Versorgung Moskaus ist immer kläglicher geworden. Die Hauptstadt ist von einem Kranz aufständischer Gouvernements umgeben,

deren Bauern sich weigern, Getreide, Steuern und Rekruten abzuliefern; nur durch wochenlange rücksichtslose Kämpfe zwingen die Truppen der Räteregierung die Bauern zur Unterwerfung. Ein neues Dekret befiehlt die Festnahme aller Personen, die sich seit weniger als zwei Monaten auf dem Lande aufhalten. Diese Maßnahme richtet sich gegen eine Menge von Bürgern, die vor dem „roten Terror" seit September auf das Land geflohen sind und sich dort bei den Bauern verborgen hielten. Viele dieser Unglücklichen sind seitdem verhaftet und ohne Prozeß erschossen worden. Jeder Versuch einer Beseitigung dieser blutigen Diktatur des Proletariats von innen heraus erscheint als gänzlich aussichtslos, trotz aller Symptome, die die tiefe Unzufriedenheit sogar der Arbeitermassen mit diesem Zustand zu erkennen geben. Noch niemals befand sich die Sowjetregierung so unumstritten im Besitz der gefestigten Macht im Lande wie gegenwärtig. Den Jahrestag der vorigjährigen Oktoberrevolution feierten die Hauptstädte durch eine „Rote Woche" voll von Denkmalsenthüllungen, Truppenschauen, festlichen Theatervorstellungen, Konzerten, Massenumzügen und einer futuristischen Ausschmückung der Straßen, die an den Karneval am Rhein erinnerte. Keiner der bisherigen großen Rätekongresse verlief so geordnet, so geschlossen und in so einheitlicher Stimmung wie der am sechsten November im Moskauer Großen Theater eröffnete sechste allrussische außerordentliche Rätekongreß mit seinen nahezu 700 Teilnehmern, unter denen die Kommunisten mit 640 die erdrückende Mehrheit bildeten. Die Opposition der übrigen revolutionären Parteien wie der Menschewiki und der linken Sozialrevolutionäre und Anarchisten ist erstickt. Dan und Martow, die Führer der einst mächtigen Minimalistenpartei, die noch bis vor kurzem in Haft gehalten worden waren, wurden aus dem Gefängnis entlassen. Sie erklärten sich auf Grund der neuen außenpolitischen Sachlage, die den Zusammenschluß aller revolutionären Volkskräfte erfordere, bereit, die Sowjetregierung zu stützen. Eine ähnliche Erklärung gaben die bisher intransigenten Anhänger der sozialrevolutionären Linken, die noch am 24. Oktober in Moskau einen Parteitag abgehalten hatte, der an dem alten Standpunkt festhielt. Infolgedessen wurden auch die Spiridonowa nebst anderen Führern der linken S.-R., die seit dem Attentat auf den Grafen Mirbach verhaftet gewesen waren, in Freiheit gesetzt. Bei der Eröffnung des sech-

sten Rätekongresses verlas Swerdlow Begrüßungsschreiben Liebknechts und der Spartakusgruppe. Sowohl diese Briefe, wie auch die Ansprachen des schwedischen Jungsozialisten Carlesson und des Dänen Christiansen bei der Eröffnung des Kongresses wurden mit tobendem Beifall aufgenommen. Zwar waren diese Kundgebungen im Original weit vorsichtiger und gemäßigter als sie in der Uebersetzung der temperamentvollen Dame Kollontay herauskamen, aber sie gaben nun einmal auch diesem Kongreß die internationale Würze, die seinen Teilnehmern unentbehrlich schien. Denn das Gefühl, an der Spitze der Weltrevolution zu marschieren, ist vielen ein vortrefflicher Ersatz für den Chauvinismus früherer Tage.

Der im Innern gefestigten Lage der Sowjetregierung entspricht ihr Auftreten nach Außen. Die Ereignisse in Bulgarien, Oesterreich, Ungarn und Deutschland bestätigen ja alle ihre längst gemachten Voraussagen. Anfang November ist in Moskau eine Abordnung indischer Mohammedaner aus Delhi eingetroffen. Trotz aller Schwierigkeiten ist es dieser Mission gelungen, ihre Reise auf dem Umweg über Japan in acht Monaten zurückzulegen und ausführliche Mitteilungen über den Stand der revolutionären Bewegung in Indien nach Moskau zu überbringen. Trotz der Besetzung Sibiriens durch die Entente sind auch die Verbindungen zwischen Moskau und Korea, Südchina und sogar Nordamerika ebensowenig abgebrochen wie die Verbindung zu Jungbucharen und Persern. Auf die Nachricht von der Verhaftung des Konsuls der Sowjetrepublik in Persien durch die Engländer wurde sofort der in Moskau befindliche persische Vertreter im Kreml gefangengesetzt. Man unterschätzt nicht im geringsten die Gefahren, welche die Sowjetrepublik durch das Vorgehen der Entente in Südrußland und im Norden bedrohen. Man setzt indessen seine Hoffnungen auf den wachsenden Widerstand, den die Arbeitermassen in diesen Ländern jeder gegen die Arbeiter- und Bauernrepublik gerichteten Unternehmung bereiten werden, ist aber dabei auch selbst nicht müßig. Unmittelbar nach der Rückkehr des aus England freigelassenen Litwinow entschloß man sich, diesen erst eben dem zähen Gegner abgetrotzten Mann nach Skandinavien zu entsenden. Er soll von dort aus den englischen Handelskreisen die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs in Aussicht stellen. Durch das Auswerfen dieses Köders, der sich in vergangenen Monaten den deutschen Wirtschaftskreisen gegen-

über so vortrefflich bewährt hat, rechnet man bestimmt darauf, eine Verlängerung der Atempause und neue Möglichkeiten zur Entfaltung einer bolschewistischen Agitation in England zu gewinnen. Diese Atempause erschien umso notwendiger, als die aus Oesterreich und Deutschland eintreffenden Nachrichten bald erkennen ließen, daß mit einer unmittelbaren Verwirklichung des Gedankens eines künftigen Bündnisses der russischen, deutschen und österreichischen Räterepublik gegen die kapitalistischen Mächte der Entente nicht zu rechnen sei.

Der von Radek im Rätekongreß vom 8. November erstattete Bericht über die äußere Lage wurde eingeleitet durch die Mitteilung von der Ausweisung Joffes aus Berlin. Diesem Bericht ging eine sehr bemerkenswerte Rede Lenins voraus. Lenin konnte darauf hinweisen, daß die Bolschewiki mit ihrer Voraussage, der Krieg werde nicht ohne Revolution enden, Recht behalten haben. „Wir haben ferner Recht gehabt", fuhr Lenin unter donnerndem Beifall fort, „den soeben von uns feierlich aufgelösten Brester Frieden seinerzeit so abzuschließen wie er war; die Bedingungen, die jetzt der triumphierende angloamerikanische und anglofranzösische Imperialismus den Völkern Deutschlands und Oesterreichs auferlegt hat, sind noch weit schlimmer als die deutschen Bedingungen von Brest-Litowsk, aber sie werden in ähnlicher Weise zu Schanden werden. In Frankreich, Italien, England, Amerika ist die Revolution auf dem Marsche; der Bazillus des Bolschewismus dringt durch jede Mauer. Noch nie war die Weltrevolution, der Sieg des Bolschewismus näher als jetzt, aber auch noch nie war unsere Lage so gefährdet wie in diesem Augenblick."

Wer die Ereignisse und Stimmungen in Moskau von jenem Tage an bis Ende November miterlebt hat, der findet in diesen Worten Lenins die psychologische Erklärung für ein Verhalten der Räteregierung, das unter anderen Umständen unverständlich geblieben wäre. Nach den ersten Radiomeldungen über den Umsturz in den deutschen Hafenstädten flatterten plötzlich wie aus einem Füllhorn die unsinnigsten und übertriebensten Nachrichten über die Art und den Umfang der Ereignisse in Deutschland und Oesterreich auf die Köpfe nieder: Erschießung des deutschen Kronprinzen, Ermordung von Hunderten von Marineoffizieren in Kiel und Reval, Verbrüderung deutscher, französischer und englischer Truppen an der Westfront; volle Diktatur des Proletariats! Die Nachrichten aus Deutschland

erschienen in der „Iswestija“ einige Tage lang unter der Rubrik „Deutsche sozialistische föderative Sowjetrepublik“. Möglich, daß einzelne deutsche Soldaten und Matrosen, die in jenen Tagen in voller Ausrüstung als Abgesandte ihrer Kameraden aus der Ukraine und aus Sewastopol nach Moskau angereist kamen, dort den Eindruck der Ratlosigkeit und des Zusammenbruchs der deutschen Truppen so verstärkten, daß die Sowjetregierung sofort in ihren Noten an den General Hoffmann in Kowno, an den General Falkenhayn in Minsk und an die deutschen Truppen in Reval einen drohenden Ton anschlug. Gleichzeitig entsandte sie Dutzende von Agitatoren nach Minsk, Riga, Wilna, Kowno und Warschau. Diese Agitatoren hatten den Auftrag, örtliche Aufstände hervorzurufen, den Soldatenräten, deren Haltung den Moskauer Sachverständigen noch nicht revolutionär genug erschien, das richtige Feuer erst einzublasen, den Ankauf von Waffen im Großen zu besorgen, deutsche Soldaten zum Uebertritt in die russische Rote Armee zu bewegen und nötigenfalls eine Bartholomäusnacht unter den deutschen Offizieren anzustiften. Beinahe gleichzeitig vollzogen sich in den bisherigen österreichischen und deutschen Generalkonsulaten in Petersburg und Moskau sowie bei der Moskauer Vertretung des polnischen Regentschaftsrates internationalistische Putsche. Die bisherigen amtlichen Vertretungen wurden mit Waffengewalt außer Funktion gesetzt. Die Technik dieser Putsche verriet die kundige Anleitung und Mithilfe der Organe der Sowjetregierung, besonders der Außerordentlichen Kommission. Berlin galt in diesen Tagen, als die Nachrichten vom Umsturz eintrafen, bereits als die künftige Hauptstadt des europäischen Bolschewismus, der Sitz des Welt-Zentralsowjets; einige Mitglieder der Räteregierung machten sich in der ersten freudigen Aufregung fertig, schleunigst dort hin abzureisen. In dieser Aufwallung bewilligten der Moskauer Vollzugsausschuß die Absendung von 50 000 Pud Getreide an die deutschen Arbeiter aus den Reserven der Moskauer Lebensmittelversorgung. Man hoffte dafür auf eine Gegenleistung, die darin bestehen sollte, daß sofort eine Anzahl deutscher Ingenieure nach Rußland entsandt wurde, um die gänzlich verfahrenen Eisenbahnen notdürftig in Ordnung zu bringen. In der Hauptsache aber war dieser Getreidezug als eine Art trojanisches Pferd gedacht. Als dann die Weigerung des Kownoer Soldatenrates und der deutschen Regierung be-

kannt wurde, diese gutgemeinte Gabe in Empfang zu nehmen, tröstete man sich damit, daß es auch Unterseeboote und Flugzeuge gebe, um den deutschen Hafenstädten und Berlin einen raschen Besuch abzustatten. Die kategorische Forderung der Berliner Regierung nach der sofortigen ungehinderten Rückkehr der deutschen Konsulate und aller in Rußland befindlichen Deutschen machte schließlich den Versuchen der Moskauer Rätediplomatie ein Ende, den Abbruch der Beziehungen hinauszuschieben und noch im letzten Augenblick die Rückkehr Joffes nach Berlin durchzusetzen. Am 19. November vollzog sich endlich die Abreise der Deutschen, annähernd 900 Personen einschließlich einer Menge bis dahin noch in Rußland zurückgebliebener Kriegs- und Zivilgefangenen. Diese Reise, ihre Vorgeschichte und ihr Verlauf ist ein Epos für sich. Am 25. November erreichten die drei Sonderzüge deutschen Boden. Mancher ihrer Insassen hatte die Hoffnung schon aufgegeben, jemals wieder in die Heimat zurückzukehren.

Mit der Abreise der Deutschen und ihrem an der Grenze vollzogenen Austausch gegen die aus Deutschland, Holland und der Schweiz zurückkehrenden Sowjetvertretungen vollendete sich die Blockade der Räterepublik. Für die Nachrichten aus der übrigen Welt ist Moskau gegenwärtig ausschließlich auf den radiographischen Verkehr und auf den immerhin umständlichen und beschwerlichen Schmuggel von Zeitungen angewiesen. Der Generalstreik in der Schweiz und in Holland scheint im selben Augenblick erloschen zu sein, als sich herausstellte, daß die überwältigende Mehrheit des von den Berliner Ereignissen überrumpelten deutschen Volkes entschlossen war, das Wörtchen „Ordnung" aus dem alten Programm auch in das Programm der Revolution mit hinüberzunehmen und den Bolschewismus abzulehnen. Doch damit ist die Frage der Einwirkungen von Rußland her noch keineswegs erledigt. Der Zustand der deutschen Ostgrenzen läßt genug Möglichkeiten offen, daß eines Tages unter den Massen der deutschen Großstädte die geschulten Agitatoren des russischen Kommunismus auftauchen; es brauchen nicht nur radebrechende Russen und Halbrussen zu sein, auch unter den zurückgekehrten deutschen Kriegsgefangenen sind nicht wenige, die von den Einflüssen der kommunistischen Agitation erfaßt worden sind, in der Roten Armee Dienst getan und die russische Staatsangehörigkeit angenommen haben. Die Unklarheit der augenblicklichen Verhältnisse in Deutschland

und der von Moskau unternommene Versuch, mit England Verhandlungen anzuknüpfen, bedeutet für die Sowjetregierung vielleicht einen abermaligen Aufschub der Krisis, die mit zwingender Notwendigkeit in Petersburg und Moskau eintritt, sobald die Truppen der Entente sich von Norden und Süden gegen diese Zentren in Bewegung setzen. Diese Atempause wird bereits gegenwärtig benutzt, um nach dem Abzug der deutschen Truppen in Finland, den Ostseeprovinzen, in Litauen, Polen und der Ukraine neue Unruhen hervorzurufen. Schon hat sich die kleine, zum Vormarsch auf Petersburg bestimmte russische freiwillige „Nordarmee" unter dem Einfluß der an die dortige Front entsandten bolschewistischen Agitatoren aufgelöst, Truppenmengen der Roten Armee haben Pleskau und Narwa eingenommen und sind jetzt im Vormarsch auf Reval und Dorpat. Die nächste Zukunft aller ehemals russischen Grenzländer steht jetzt zweifellos im Zeichen einer Reihe von kleinen Kriegen dieser Nationalitäten untereinander. Nur der Mangel an Waffen, der Zustand der Verkehrsmittel und die ungünstige Jahreszeit machen einstweilen das Zustandekommen größerer Aktionen unwahrscheinlich. Ueber dem gesamten Komplex der tief aufgewühlten Völker des mittleren und östlichen Europa schwebt außerdem noch immer die Frage des gemeinsamen Klassenkampfes, die Frage des künftigen Bündnisses der gesamten proletarischen Massen des einstigen Rußland, Oesterreich-Ungarn und Deutschland zum Kampfe gegen den Weltkapitalismus. Dieser Kampf richtet sich dann gegen alles, was des Kapitalismus und des Imperialismus verdächtig ist: zuerst gegen die Besitzenden im eigenen Lande, dann aber gegen die kapitalistischen und imperialistischen Regierungen der Entente. Die Frage einer solchen Weiterführung oder Wiederaufnahme des Weltkrieges wird nicht mehr in der Wilhelmstaße entschieden. Sie beruht letzten Endes ausschließlich auf dem Maße der wirtschaftlichen und sozialen Zerrüttung, das die Friedensbedingungen der Entente in den Mittelmächten herbeiführen.

VI.

Prolet-Kult.

Anfang Januar.

Dieses neue Schlagwort des bolschewistischen Rußland bedeutet proletarische Kultur. So zweifelhaft sein Begriff auch sein mag, so ist es doch schon zu einer jener offiziellen Hieroglyphen geworden, die umständliche Ausdrücke ersetzen. Man bezeichnet den Rat der Volkskommissare mit den Silben „Sownarkom", den Obersten Volkswirtschaftsrat mit „Sownarchos", die „Räte der Arbeiter-, Bauern-, Armee- und Kosaken-Deputierten" mit dem komischen Worte „Sowdep", die Verwaltungsstelle der Wasserwege heißt „Glaw-Wod", die Papierverteilungszentrale „Glaw-Bum". Das jetzige Rußland hat sich mit diesen Afrikanismen, die an die Wumba, Zeg und Ohla bei uns zuhause erinnern, anderen fortgeschrittenen Nationen entschieden gleich gestellt.

Wenn es eine Tätigkeit der Massen und eine Seele der Massen gibt, so muß es, trotz Jakob Burckhardt, allerdings auch eine Kultur der Massen geben. Und wo es sie nicht gibt, da muß sie sich gründen lassen. Proletkult ist eine Gründung des Kommissariats für Volksaufklärung. In ihm steckt ein Teil des Erziehungsproblemes, das in jede Revolution eingeschlossen ist. Tatsächlich hat dieses Kommissariat unter seinen sechs oder sieben Abteilungen, deren neue, sehr zahlreiche, ein wenig despotische und zerfahrene Bureaukratie sich in den Sälen eines ehemaligen kaiserlichen Lyzeums in Moskau einrichtete, eine Abteilung, die die in den Städten und auf dem Lande gegründeten Volksbildungsausschüsse unter dem Namen „Proletkult" zusammenfaßt. Es handelt sich hier nicht nur um eine usurpatorische Vereinigung der Ansätze von Kunst und Kunstpflege

die großenteils schon vor dem Kriege in Rußland vorhanden waren, sondern auch um den Willen, diese Ansätze im revolutionären Sinne weiter zu treiben. Es ist kein Zufall, daß die Richtung dieser sozusagen offiziellen Kunst in Rußland futuristisch ist und den Satz „Religion ist Opium für das Volk" als steinerne Inschrift weithin sichtbar an die Stelle eines berühmten Heiligenbildes beim Moskauer Kreml gesetzt hat.

Es ist in Rußland viel von den großen Zielen der Menschheit die Rede, aber im Rat der Volkskommissare gibt es nur wenige, die durch die derbe Art der Verwirklichung des Kommunismus nicht zunächst hartnäckig dazu beitrügen, das Leben der Menschen bitter zu machen. Als im November 1917 die Kommissariate der Arbeiter- und Bauernrepublik das Erbe der alten Ministerien übernahmen, teilte Lenin dem Literaten A. Lunatscharski die Volksaufklärung zu. Diesem Kommissariat obliegt die Auseinandersetzung des Bolschewismus mit der Kirche und mit der Religion überhaupt; der Aufbau eines neuen Schulwesens und nicht nur das, sondern auch die Durchführung eines neuen pädagogischen Systems durch die Einheitsschule und die Fachschulen; der Schutz der Denkmäler und der Altertümer wie die Verwaltung der Museen, und noch mehr, auch die praktische Einführung der Kunst in die Massen. Diese Aufgaben sind in Rußland schwieriger als in irgend einem anderen Lande, soweit es sich darum handelt, mitten in einer bedrohten äußeren Lage, mitten in Hungersnot und Klassenkämpfen unersetzliche Gemälde der niederländischen Schule, chinesische Vasen, Heiligenbilder aus dem sechzehnten Jahrhundert vor den Aktionen gewisser Fabrikausschüsse, Rotgardisten, Matrosenabteilungen, oder auch der Außerordentlichen Kommission in Schutz zu nehmen. Sie sind schwieriger als anderswo, weil auch das Kommissariat für Volksaufklärung, wie die meisten übrigen Kommissariate, äußerlich einem Bienenhause gleicht, überfüllt von Menschen, die zu arbeiten scheinen, aber größtenteils nur im Herzen froh sind, einen Posten an einem noch so ärmlichen Schreibtisch erwischt zu haben und nun in ihrer Weise zu faulenzen oder auch zu sabotieren. Doch sie sind auch leichter als anderswo. Das russische Volk ist geistig beinahe ein unbeschriebenes Blatt. Es bringt, wenn eine kräftige Propaganda nebenhergeht, selbst komplizierten geistigen Dingen ein Verständnis, eine natürliche Unvoreingenommenheit, eine Fülle von Begabung, die ganze Ge-

lebrigkeit und Beweglichkeit seines infantilen Charakters entgegen, die man nicht hoch genug anschlagen könnte, wüßte man nicht, wie der durchschnittliche Russe abstumpft, wenn er älter wird.

Die Hydra der Volkskommissare hat im ersten Revolutionsjahre manchen ihrer Köpfe gegen einen anderen vertauscht. Lunatscharskis kluger Kopf ist bisher an seiner Stelle geblieben. Mitten in stürmischen Nachtsitzungen im Kreml, zwischen Mobilmachungsbeschlüssen und Terror, zwischen Verhandlungen über die Komplotte fremder Diplomaten, aufreibenden Parteistreitigkeiten, Debatten über Brandschatzungen oder Notstandsmaßnahmen, wußte er den Genossen die Dekrete über die Nationalisierung der Petersburger Konservatorien oder für den Schutz der Altertümer, Kredite für sein Budget der Volksbildung zu entreißen. Lenin hat dem Freunde manchesmal in solchen Sitzungen unwirsch den Rat gegeben, den Mund zu halten und schlafen zu gehen. Dennoch wird es sich vielleicht eines Tages zeigen, daß die Unternehmungen Lunatscharskis für das Prestige der Sowjetrepublik mehr getan haben als eine Million von Maueranschlägen gegen die Wucherer oder von Propagandaschriften für die Weltrevolution.

Lunatscharski hat mit einer kleinen Gruppe von proletarisierten Intellektuellen den Versuch unternommen, die Künste an der Revolution in Brand zu stecken. Er nationalisiert nicht nur die Sängerchöre des einstigen kaiserlichen Hofes, die großen Bühnen und die Verlagsanstalten. Er hat einen neuen, vielleicht nicht rein künstlerischen, aber sehr suggestiven und revolutionären Typus von Konzerten eingeführt, die Konzertversammlung. Diese Konzertmeetings mit ihrer Mischung von ernster Musik und politisch-philosophischer Ansprache zielen nach einer zwanghaften doppelten Durchdringung der Gehirne. In einstigen Akademien und Patrizierhäusern werden auf öffentliche Kosten Arbeiterklubs, Redaktionen und Dichterkurse hergerichtet, Ateliers für Maler, Bildhauer und Bühnenkünstler. Man darf über das chaotische Gemisch von Talent und Kitsch, das da zu Tage kommt, nicht gleich die Fassung verlieren. Es sind Anfänge. Für Architekten, Bildhauer, Zeichner und Maler sind Preise ausgeschrieben. Merkwürdig allerdings, Geldpreise in einem Lande, dessen Volkswirtschaftsrat das Geld systematisch entwertet, und dessen Handelskommissariat den freien Einkauf von Waren verbietet. In fast allen Städten Rußlands sind

im Handumdrehen zahlreiche neue Denkmäler entstanden, die diesen Orten wirklich etwas zu denken geben. Kühne Plakate hängen in den Wachtstuben, den Versammlungsräumen und an den Straßenecken. Die Sowjetrepublik hat eine neue Briefmarke eingeführt; freilich gab man vor allerhand gewagten Entwürfen einem außerordentlich banalen den Vorzug. Auf enteigneten Druckerpressen werden billige Klassikerausgaben, naturwissenschaftliche Lehrbücher in Mengen hergestellt. In Industriestädten, wie Petersburg, Moskau, Iwanowo-Wosnessensk, Nischni-Nowgorod errichtet das Kommissariat für Volksaufklärung Proletarieruniversitäten auf polytechnischer Grundlage, Lesehallen, Studienkurse. Alles das ist Proletkult. Hinzu kommen noch die neugegründete Sozialistische Akademie in Moskau, die kürzlich Franz Mehring, und zwei sozialistische Denker in Holland, Panekoek und Madame Roland Holst, für ihre Bücher mit Geldpreisen auszeichnete, sowie die neue „Lenin-Gesellschaft", die in ihren Sitzungen die geistigen Probleme der Revolution erörtert.

Der Moskauer Proletkult bietet ein Beispiel für die anderen im Lande. Er setzt sich aus Vertretern der Gebietsarbeiterräte, der Berufsgenossenschaften, der Angestellten-Verbände, der Krankenkasse und des Kommissariats für Volksaufklärung zusammen. Er hat auf einer Konferenz im Februar 1918 die ersten Thesen und Beschlüsse aufgestellt und trat mit seinen ersten fertigen Leistungen in diesem Herbst bei der Jahresfeier der November-Revolution hervor. Das prächtige Haus des Großindustriellen Morosow ist von den Arbeitern zu ihrem Klub hergerichtet worden. An den Wänden dieses Hauses hängen neben Gemälden und Stichen von geringem Wert naturwissenschaftliche Sammlungen und Atelierzeichnungen in einem seltsamen Durcheinander. Ein Achtzehnjähriger, hinter einem königlichen Mahagonischreibtisch, der eben mit einem grauhaarigen Musiker ein Konzert-Programm aufstellte, gab mir eine mit Bleistift geschriebene Eintrittskarte für eine Arbeitervorstellung, die ich am nächsten Abend besuchte. Es wurden Gedichte junger Arbeiter vorgetragen und zwei dramatische Massenszenen, auf denen Barrikadenkämpfe vorkamen und deren gesprochene Chöre einen unvergeßlichen Eindruck machten. In dem Hause Morosow stehen Schreibmaschinen auf weißen Marmorkaminen, Arbeiter sitzen auf Goldsesseln. Ein Mann führte mich in den Keller und verkaufte mir Proben dort auf-

gespeicherter Drucksachen: Dünne Heftchen mit unbeholfenen Versen, die Verhandlungen der Proletkult-Konferenzen, die neue Wochenschrift des Bildungskommissariats mit den Tätigkeitsberichten seiner Sektionen, Kurse und Seminarien, daneben eine Handvoll jetzt erscheinender literarischer illustrierter Kunstzeitschriften, wie „Gorn", „Iskußtwo", „Graduschtscheje", und die von Lunatscharski selbst redigierte „Plamja". Diese Zeitschriften mit ihren Rubriken für bildende Künste, Musik und Literatur haben begonnen, die russischen Arbeiter mit Rodin, Daumier, Walt Whitman oder Heine bekannt zu machen. Daneben handeln sie von den Geheimnissen der Verslehre und von den Programmen einer jungen, selbstbewußten russischen Kunst.

Noch spielen in Moskau und Petersburg die alten Theater. Ich sah im berühmten Petersburger Marientheater vor beinahe leerem Hause eine Aufführung des „Korsaren" von Byron, das köstlichste Ballett von einer traumhaften Pracht und Heiterkeit der Farben, der Kostüme und der Stimmen. Und in Moskau im Großen Theater eine altrussische Märchen-Pantomime, die opulent und entzückend war wie je zur Zeit des früheren Glanzes. Im Künstlerischen Theater des verschollenen Stanislawski spielt man noch heute die Zarendramen von A. Tolstoi, setzt man ganze Romane von Dostojewski kleinmalerisch und liebevoll in Szene. Andere Moskauer Bühnen spielen die „Versunkene Glocke", den „Biberpelz", den „Blauen Vogel", den „Standhaften Prinzen", spielen Shakespeare, Schiller, Merimé. Und diesen vollwertigen Bühnen treten nun in allen Stadtvierteln die neuen primitiven Volksbühnen und Fabriksbühnen an die Seite. In den Tagen des Revolutionsfestes gab es in einem Vorstadtkabarett eine höchst groteske Aufführung des „Grünen Kakadu" und ein reizendes Puppenspiel. Der Redner des Abends rühmte stolz die weiten künstlerischen Möglichkeiten der Revolution. Es schien kein Einwand möglich. Mit dem aristokratischen oder dem plebejischen Prinzip in der Kunst haben diese Möglichkeiten nichts mehr zu tun. Sie sind da, und sie bringen Ueberraschungen.

Sind nicht diese Möglichkeiten verlockend genug, um die Besten der russischen Intelligenz ohne Rücksicht auf politische Zustände zur Mitarbeit aufzurufen? Sie wären es, und doch setzt gerade hier der Riß, der das ganze russische Volk durchzieht, auch im Künstlertume sich fort. Denn wenn irgendwo, so erweist es sich hier, daß die Diktatur des Proletariats noch

nicht die Diktatur der Vernünftigen ist. Rohe Gewalthaber fordern in Rußland auch von der Kunst die Unterwerfung unter den Kommunismus. Musik, Malerei und Dichtung haben von Staats wegen revolutionär, grell und unversöhnlich zu sein. Und die Anstellung selbst von Künstlern bei den Behörden und in den Klubs der Rätegewalt ist an die Bedingung des schriftlichen Beitritts zur kommunistischen oder mindestens der sozialrevolutionären Partei gebunden. Der Bruch ist da. Viele verzichten lieber auf Brot und Obdach, erklären eher voll Haß das ganze Wesen des Proletkults als geistigen Diebstahl, als eitel Lug und Trug und weissagen seinen Zusammenbruch, als daß sie sich dem Gewissenszwang unterwerfen.

In den Monaten meines Aufenthaltes in Rußland, einer politisch sehr erregten Zeit, bin ich nicht vielen Künstlern begegnet. Unerwartet traf ich einmal eine ganze Kolonie von namhaften Musikern im Gutshause eines Kunstfreundes, der sich aus den Unsicherheiten der Stadt auf das Land zurückgezogen hatte. Eines Tages kamen aber auch hier die Bauern und vertrieben die Bewohner dieser Insel so rasch, daß sie nachts durch den Wald die Flucht ergreifen mußten. Einen dieser Künstler traf ich in Moskau wieder. Ein Kommissariat hatte ihm eine große ehrenvolle Aufgabe, die Leitung eines ehemals kaiserlichen Institutes, angetragen. Er schwankte sehr, er machte zunächst überhaupt einmal den Versuch, seine alte künstlerische Beschäftigung wieder aufzunehmen; für seine Stadtwohnung hatte er einen Schutzbrief, der ihn vor Requisitionen, Einquartierung und anderen groben Störungen einigermaßen sicherte. Dennoch entfloh er schließlich. Die Schrecknisse der Zeit, das Schicksal ihm naheſtehender Personen, die, wie von einer Epidemie erfaßt, plötzlich verschwanden und deren Gefangensetzung oder Erschießung dann bekannt wurde, ließen ihn fürchten, wahnsinnig zu werden. Er verschwand wie viele vor ihm in der Verkleidung eines Soldaten über die ukrainische Grenze. Dieser Einzelfall beleuchtet das Schicksal vieler Künstler, und nicht nur Künstler, im gegenwärtigen Rußland. Schriftsteller von europäischem Namen wie Mereschkowski, Leonid Andrejew, in gewissem Sinne auch Maxim Gorki, obgleich er dem Proletariat entstammt und seinem Jugendfreunde Lenin eine rührende Anhänglichkeit beweist, erliegen allmählich demselben inneren Konflikt. Manche hungern buchstäblich, machen Bittgänge in fremde Konsulate. Aehnlich

geht es den Professoren der alten Universitäten. Noch hält die Moskauer Universität die üblichen Vorlesungen. Noch immer hat sie einen Stamm von Lehrern und Studenten. Das Kommissariat für Volksbildung schützt ihre Wohnungen und Habe vor den Eingriffen roher Arbeiterausschüsse; mehr kann es nicht tun. Die Gelehrten und die ernstere Jugend, die vielleicht noch Ziele, aber keine Karriere mehr vor sich hat, suchen in einem leidenschaftlichen Studium ein Vergessen dieser unerhörten Zeit. Der russische Student hat seinen Charakter geändert. Er trägt nicht mehr die Uniformen des alten Regimes und nicht mehr das lange Haar des Revolutionärs, er politisiert nicht mehr die Nächte hindurch, sondern er arbeitet. Die Hörsäle sind ungeheizt, aber ständig besucht. Bücher sind rar geworden, sie werden förmlich zerlesen. Es fehlt an wissenschaftlichen Hilfsmitteln, man ergänzt sie erfinderisch aus den einfachsten Materialien. Es ist, als verschließe sich die kleine Schar der Unbedingten instinktiv gegen alle Versuche der Popularisierung, die die geistig Schaffenden in die Masse werfen und ihnen selbst das Unfertige entreißen möchte, um es dem Volke zu geben.

Die quietistische Reaktion der Geistigen in Rußland ist vielleicht nicht so sehr die Absage gegen die neugegründete Kultur der Massen, die doch den Künsten wie den Wissenschaften unerhörte Resonanzen verspricht, als ein Vorzeichen des morgigen Tages. Das Tragische aller geistigen Revolutionen ist es wohl, daß sie abgeschlossen sind, wenn die politischen Stürme toben.

Der Verlag der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht die Folge:

Zur deutschen Revolution.

Flugschriften der „Frankfurter Zeitung“.

Bisher erschienen:

I. Arthur Feiler:

Der Staat des sozialen Rechts.

II. Max Weber (Heidelberg):

Deutschlands künftige Staatsform.

III. Walter Kamper:

Zum Neuaufbau des Reiches.

IV. Alfons Paquet:

Aus dem bolschewistischen Rußland.

Die Folge wird fortgesetzt.

Die Broschüren sind durch die Frankfurter Zeitung, Frankfurt a. M., ihre Geschäftsstellen und durch die Buchhandlungen zum Preise von

* * * je 60 Pfg. zu beziehen. * * *

3 0112 115465822